NEUE ZEIT

SIEBEN TAGE WELTPOLITIK

Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

34

AUGUST 1977

FRIEDEN ALS HAUPTANLIEGEN

Stoppt die Neutronenbombe! ★ AFRIKA: WAS DER IMPERIALISMUS MIT NAMIBIA VORHAT ★ *Kommt Pele zurück?*

14159-34 105 147 652
SEKT.MARX.LENIN
2800-2303
DDM-20

SOWJETUNION
IM BILD

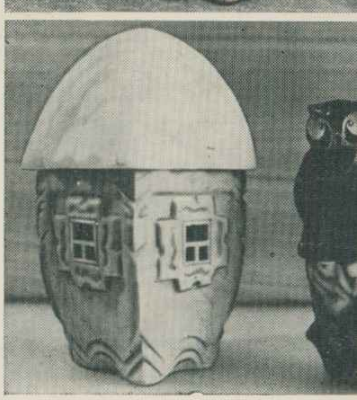
Kungur ist nicht die größte Stadt
Ural, man kennt sie aber auch weit üb
die Grenzen der Region hinaus.

Diese Stadt ist mehr als 300 Jahre
Früher war sie an der berühmten Si
rischen Straße zwischen Moskau u
Tjumen gelegen und vor allem für ihr
Getreidehandel bekannt. Heute
Kungur eine Stadt des Maschinenba
der Schuh- und der Erdölindust
Bohranlagen aus Kungur sind nicht
in der Sowjetunion, sondern auch w
im Ausland ein Begriff.

Bekannt sind auch Steinmetzarbei
und Keramiken aus Kungur.

Unsere Bilder: Valer
Michwinzew, einer der besten Meis
in der Kunstgewerbefabrik Kungur,
seinem Sohn Anatoli ◆ Andenken
Kungur

Fotos W. Slau



Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

WELCHEM BEISPIEL FOLGEN?

Schon 1916 schrieb Lenin: „Die Entwaffnung ist ein Ideal des Sozialismus." Somit bestimmte er einen wichtigen Aspekt der künftigen Außenpolitik der sozialistischen Staaten. Seit Oktober 1917 rückte das erste sozialistische Land der Welt die Gewährleistung des Friedens in den Mittelpunkt seines Regierungsprogramms. Heute erhebt unser Land dieses Prinzip zu einem Verfassungsgesetz. Art. 28 des Verfassungsentwurfs lautet: „Der Sowjetstaat betreibt konsequent die Leninsche Friedenspolitik, setzt sich für die Festigung der Sicherheit der Völker und eine breite internationale Zusammenarbeit ein."

Ein solches Beispiel gibt der Sowjetstaat der Welt, darunter der westlichen Welt. Die Praxis des gegenseitigen Beispiels ist eine sehr wichtige Methode in den internationalen Angelegenheiten, besonders im Bereich der Abrüstung. Im Frühjahr d. J. wies Leonid Breshnew auf die Lage in Mitteleuropa hin, wo die Staaten des Warschauer Vertrages ihre Truppenstärke schon seit Jahren nicht steigern. Inzwischen stockte die NATO ihre Kräfte weiter auf.

„Was sollen wir nun unternehmen? Vielleicht sollte die Sowjetunion dem Beispiel der Westmächte folgen? Aber das ist ein negatives Beispiel, und offen gesagt möchten wir ihm nicht folgen", sagte Leonid Breshnew.

Leider nimmt die Zahl negativer Beispiele westlicherseits nicht ab, vielmehr ergeben sie ein bestimmtes System, und dieses dehnt sich neuerdings auf ein so fundamentales Gebiet wie die Kernwaffen aus.

Der jüngste Beweis dafür ist der Beschluß der USA, mit der Produktion der Neutronenbombe zu beginnen. Einst sagte Henri Kissinger, es gebe ein Paradoxon des nuklearen Zeitalters: „Noch nie war die destruktive Kraft so gewaltig und zugleich so sinnlos." Auf der nutzlosen und riskanten Jagd nach der imaginären militärischen Überlegenheit versuchen nun USA-Politiker und -Militärs, das eigene Land, ihre NATO-Verbündeten und folglich auch die Staaten, die dieser Aggressionsblock bedroht, in eine neue Runde der militärisch-technischen Rivalität einzubeziehen und somit der Entspannung eine weitere Schranke in den Weg zu setzen. Nur sollten sich diese Politiker später nicht darauf hinausreden, sie hätten alle verhängnisvollen Folgen ihres Beschlusses nicht voraussehen können. Sie wissen, was sie tun.

Das trifft auch für diejenigen zu, die jetzt Anstalten machen, die völkerrechtlichen Normen für die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen zu verletzen. Versetzt man sich vom nordamerikanischen auf den afrikanischen Kontinent, so liegen auch dort Gründe zur Besorgnis vor: Die RSA ist nahe daran, die Arbeiten an der Entwicklung der Kernwaffen abzuschließen. Wie die TASS in einer kürzlichen Erklärung betont, „würde diese Entwicklung äußerst ernstliche und weitestgehende Folgen für den Weltfrieden und die Sicherheit der Völker haben".

Die südafrikanischen Rassisten könnten nämlich einen Präzendenzfall schaffen. Eine Reihe von Staaten, die nach den Kernwaffen gieren (siehe Israel), würden vielleicht, vom Westen unterstützt, in gleicher Richtung gehen. Dann könnte sich das internationale Verhältnis der Kernkräfte für den Frieden ungünstig verändern.

Ist also solchen Beispielen zu folgen? Gegen diesen Gedanken lehnen sich die Sowjetbürger und alle Gutgewillten der Erde auf. Die am 13. August abgeschlossene Internationale Aktionswoche gegen die Neutronenbombe zeigte, welch breiten Protest die Offensive der militaristischen Kräfte an der „nuklearen Front" auslöst.

In dieser Situation kann die UdSSR in ihren Bemühungen um die Abrüstung — im Bereich der konventionellen wie auch der nuklearen Waffen — nicht nachlassen. Der UNO und anderen internationalen Gremien liegen zahlreiche, durchaus konkrete Vorschläge darüber vor, die Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen sowie alle Kernteste zu verbieten, ferner nicht als erstes Land Kernwaffen einzusetzen. Die UdSSR hat über 70 verschiedene Vorschläge zu den Abrüstungsfragen eingebracht. Der westliche Militarismus wird die sozialistische Welt durch keine Manöver von diesem Weg abbringen. Wer aber unseren Willen zur Abrüstung als Schwäche auslegt, irrt sich sehr. Wir sind bereit, ein positives Beispiel zu geben. Doch sei hervorgehoben, daß die Praxis des gegenseitigen Beispiels nur dann Sinn hat, wenn sie befolgt wird.

WOCHENSCHAU

Am 9. August trafen sich auf der Krim Leonid Breshnew und der Erste Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Vorsitzende des Staatsrates der VRB, Todor Shiwkow. In ihrem Meinungsaustausch zu aktuellen weltpolitischen Problemen gaben Leonid Breshnew und Todor Shiwkow der Gewißheit Ausdruck, daß der internationale Entspannungsprozeß trotz des Widerstandes gewisser imperialistischer Kreise fortgesetzt und vertieft wird. Leonid Breshnew und Todor Shiwkow wiesen mit Besorgnis auf die Zuspitzung der Situation in Nordostafrika hin.

Am 12. August fand auf der Krim ein Treffen zwischen Leonid Breshnew und dem Ersten Sekretär des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei, Vorsitzenden des Präsidiums des Großen Volkschurals der MVR, Jumshagin Zedenbal, statt. Bei der Zusammenkunft wurde die Entwicklung der sowjetisch-mongolischen Zusammenarbeit erörtert. Leonid Breshnew und Jumshagin Zedenbal besprachen auch aktuelle internationale Probleme.

Am 16. August traf der Präsident der SFRJ, Vorsitzender des BdKJ, Genosse Josip Broz-Tito, auf Einladung des ZK der KPdSU und des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der Sowjetunion ein.

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an den Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas, Präsidenten der KVDR, Kim Ir Sen, und den Premier des Verwaltungsrates der KVDR, Pak Sen Tscher, ein Glückwunschtelegramm anläßlich des 32. Jahrestages der Befreiung des koreanischen Volkes von der japanischen Kolonialherrschaft. Unter anderem hoben sie die Solidarität der UdSSR mit den Bemühungen der KVDR um die Herbeiführung der nationalen Einheit Koreas hervor. Kim Ir Sen und Pak Sen Tscher übermitteln ihrerseits in einer Botschaft an Leonid Breshnew und Alexej Kossygin herzliche Grüße und drücken die Gewißheit aus, daß sich die traditionellen Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern Koreas und der Sowjetunion auch weiterhin festigen und entwickeln werden.

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an den Vorsitzenden des Militärkomitees der Kongolesischen Partei der Arbeit, Joachim Yhombi-Opango, Präsident und Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Kongo, sowie an den Ministerpräsidenten der VRK, Louis Sylvain Goma, ein Glückwunschtelegramm anläßlich des 14. Jahrestages der Revolution, des Nationalfeiertages der Volksrepublik Kongo.

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin gratulierten dem Präsidenten der Republik Indien Neelam Sanjiva Reddy und dem Ministerpräsidenten Morarji Desai zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit Indiens. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin wiesen auf die beständige Entwicklung der sowjetisch-indischen freundschaftlichen Beziehungen in den verflossenen 30 Jahren hin und drückten die Gewißheit aus, daß diese Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Indien auch weiterhin gefördert werden.

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin übermittelten dem Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan, Fazal Elahi Choudhri, und dem Regierungschef, General Mohammad Ziaul Huq, Glückwünsche anläßlich des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit Pakistans. Die sowjetischen Repräsentanten drückten die Gewißheit aus, daß sich die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Pakistan weiterhin entwickeln werden.

Leonid Breshnew gratulierte in einem Telegramm dem Präsidenten der Demokratischen Republik Madagaskar, Didier Ratsiraka, zum Nationalfeiertag, dem Tag der Proklamierung der Unabhängigkeit. D. Ratsiraka bedankte sich herzlich für die Gratulation.

Am 11. August wurde eine Gratulation Leonid Breshnews an den König des Haschemitischen Königreiches Jordanien, Hussein ibn Talal, zu dessen 25. Jubiläum als Oberhaupt des Königreiches veröffentlicht.

Am 11. August trafen sich im ZK der KPdSU Andrej Kirilenko, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, und Konstantin Russakow, Sekretär des ZK der KPdSU, mit Truong Chinh, Mitglied des Politbüros des ZK der KPV, Vorsitzender des Ständigen Komitees der Nationalversammlung der SRV, Leiter einer Delegation der Nationalversammlung der SRV, die in der Sowjetunion zu einem offiziellen Besuch weilte. Während der Aussprache wurde das Bestreben der KPdSU und der KPV, der UdSSR und der SRV hervorgehoben, gemeinsam für die Festigung des Friedens in Asien und in der ganzen Welt und für eine friedliche Zusammenarbeit zwischen allen Staaten einzutreten. Am 12. August reiste die Delegation nach Sofia ab.

Andrej Kirilenko, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, und Wadim Sagladin, erster Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, trafen sich mit Luigi Longo, dem Vorsitzenden der Italienischen Kommunistischen Partei, der in der UdSSR zur Erholung weilt, und Armando Cossutta, Mitglied der Leitung der IKP, zu einem Meinungsaustausch. Themen waren aktuelle politische Fragen, die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in der gegenwärtigen Etappe und die weitere Festigung der brüderlichen Beziehungen zwischen der KPdSU und der IKP.

Am 14. August wurde eine TASS-Erklärung anläßlich der Kriegshandlungen zwischen den regulären Einheiten der somalischen Armee und den äthiopischen Truppen auf dem Territorium Äthiopiens, in Ogaden, veröffentlicht. In der Erklärung wird die ernste Besorgnis der führenden Kreise der Sowjetunion über die Zuspitzung der Lage im Nordosten Afrikas ausgesprochen und die Hoffnung ausgedrückt, daß die Repräsentanten Somalias und Äthiopiens staatsmännische Klugheit und Zurückhaltung an den Tag legen, den bewaffneten Konflikt unverzüglich beenden, und einen konstruktiven Dialog im Interesse der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern beginnen werden.

Am 12. August rief der Weltfriedensrat dazu auf, vom 16. bis zum 21. August eine Woche der Solidarität mit der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder in der ganzen Welt durchzuführen. Er betonte die hervorragende Rolle dieser Bewegung im Kampf für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Faschismus und Rassismus.

Am 9. August unterzeichnete US-Präsident Carter den Gesetzentwurf über die Finanzierung der Produktion von Neutronenkernladungen für „Lance"-Raketen und Artilleriegeschosse.

Moskau, 16. August. Eintreffen des Präsidenten Jugoslawiens, Vorsitzenden des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Josip Broz-Tito, im Flughafen Wnukowo.

Foto S. Smirnow

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 34 AUGUST 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär), **A. Ignatow, G. Kaschojan** (Stellv. Chefredakteur), **W. Kusnezow, B. Pistschik** (Stellv. Chefredakteur), **I. Trofimowa, V. Tschernjawski** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. Wolski.**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. Krestjaninow**

Verlag der Zeitung „Trud"
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Plostschadj Puschkina

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Welchem Beispiel folgen! 1
W. Larin — **Frieden als Hauptanliegen** 4
P. Naumow — **Stoppt die Neutronenbombe!** 5
W. Iljin — **Rumänien: Es begann im August 1944** 6
D. Wolski — **Nordostafrika: Die Hintergründe** 8
J. Michailow — **Naher Osten: Nach der Vance-Reise** 10
E. Carlebach — **BRD: Bumerang** 12
V. Raikerus — **Volksrepublik Kongo: Sichere Orientierungspunkte** . . 14
Notizen ◆ Glossen ◆ Kommentare 16
J. Feofanow — **Nach Gesetz und Gewissen** 18
P. Nikolajew — **USA—Lateinamerika: Illusion und Realität** 22
A. Medwedenko — **Spanien: Heißer Herbst in Sicht** 24
S. Petuchow — **Was der Imperialismus mit Namibia vorhat** 26
Biographisches: **Mathias Mainza Chona** 26
I. Marinow — **Glanz und Elend des Fußballs** 28
Diskussion mit dem Leser 30
PS 32

Auf den Feldern des Sowjetlandes wird die Ernte eingebracht. Die südlichen Gebiete der Ukraine beenden die Ernteeinbringung und haben bereits ihre Verpflichtungen über den Getreideverkauf an den Staat erfüllt. Eine gute Ernte haben die Getreidezüchter der Kollektivwirtschaft „Showtenj" im Gebiet Kiew erzielt.

Titelbild: Die Kollektivbauer ehren die Besten der Erntezeit, Sieger im sozialistischen Wettbewerb der Kombineführer.

Foto Irina Pap

FRIEDEN ALS HAUPTANLIEGEN

Wladimir LARIN

Im Juli und August fanden auf der Krim Freundschaftstreffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breshnew, mit den führenden Persönlichkeiten der Länder der sozialistischen Gemeinschaft statt — mit Erich Honecker, Gustáv Husák, János Kádár, Edward Gierek, Nicolae Ceauşescu, Todor Shiwkow und Jumshagin Zedenbal. Die Krimtreffen der Partei- und Staatsführer der Bruderländer sind bereits traditionell. Bei diesen Treffen werden Fragen der Vertiefung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und aktuelle internationale Probleme erörtert.

Das allgemeine Interesse an der außenpolitischen Tätigkeit der Sowjetunion und anderen Bruderländer ist eine Gesetzmäßigkeit: Die weltpolitische Rolle der sozialistischen Staaten wächst, und ihr Einfluß auf das Weltgeschehen wird zu einem maßgeblichen Faktor.

Wie aus den Meldungen über die diesjährigen Treffen auf der Krim deutlich ist, sind die sozialistischen Länder in ihrem Streben einig, ihre Politik des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt zur Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit konsequent fortzuführen.

Die Teilnehmer der Krimtreffen sehen realistisch und zuversichtlich die Haupttendenz unserer Zeit — die internationale Entspannung. Sie orientieren die Politik ihrer Länder darauf, daß dieser Prozeß fortgesetzt und vertieft wird. Zugleich verstehen sie sehr wohl, daß die internationale Entspannung keineswegs ein automatischer Prozeß ist. Er ist verbunden mit einem beharrlichen Kampf gegen die imperialistischen Kräfte, die die positiven Wandlungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen bremsen, den kalten Krieg wiederbeleben und das Wettrüsten noch weiter verstärken wollen. Die Staatsmänner der sozialistischen Länder sind, wie bei dem Meinungsaustausch zwischen Leonid Breshnew und Erich Honekker betont wurde, überzeugt, daß der Widerstand der Gegner der Entspannung, der Abrüstung und der Festigung des Friedens überwunden werden kann und muß.

Die sozialistischen Bruderländer tun alles, um Barrieren auf dem Weg der Entspannung zu beseitigen und bestmögliche Bedingungen für ihre Vertiefung zu schaffen. Hiermit ist eine sehr wichtige Aufgabe verbunden — die Zügelung des Wettrüstens und die Abrüstung sowie die Beseitigung der Spannungsherde.

Die führenden Persönlichkeiten der Bruderländer hoben besonders die Wichtigkeit einer Verringerung der Gefahr eines Krieges, vor allem eines Atomkrieges, hervor sowie weiterer abgestimmter Schritte der Staaten, um einer Weiterverbreitung der Kernwaffen entgegenzutreten. Bei dem Treffen zwischen Leonid Breshnew und Nicolae Ceauşescu wurde betont, daß die Gedanken und konkreten Vorschläge in der Deklaration der Bukarester Konferenz des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten vom November 1976 voll ihre Bedeutung behalten und ihre Verwirklichung die Abrüstung und die Festigung der Sicherheit in Europa bedeutend voranbringen könnte.

Unter dem Gesichtspunkt einer weiteren Vertiefung der Entspannung wurden auf der Krim auch Fragen der Erfüllung der Bestimmungen der Schlußakte behandelt, die vor zwei Jahren in Helsinki unterzeichnet wurde. Die Führer der sozialistischen Länder meinen, daß dieses Dokument eine fundamentale, zukunftweisende Plattform für die Aktionen aller Teilnehmer der gesamteuropäischen Konferenz ist, um eine Atmosphäre der Zusammenarbeit auf dem Kontinent zu schaffen. Ferner wurde festgestellt, daß die Ergebnisse der Konferenz von Helsinki die Möglichkeiten für eine Festigung der Sicherheit in Europa, für die Ergänzung der politischen Entspannung durch eine militärische Entspannung und für die Entwicklung einer gleichberechtigten, allseitig vorteilhaften Zusammenarbeit erweitert haben. Für eine weitere Verbesserung des politischen Klimas in Europa gibt es eine feste Grundlage — vor allem die volle Verwirklichung der Bestimmungen der Schlußakte. Zugleich lenkten die Teilnehmer der Krimtreffen die Aufmerksamkeit darauf, daß eine strikte Einhaltung der in den letzten Jahren unterzeichneten Verträge und Abkommen sowie die Respektierung der Souveränität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten erforderlich sind.

Nach Meinung der Führer der sozialistischen Länder müssen die Bemühungen aller, die auf den Positionen des politischen Realismus stehen und für die friedliche Zukunft der Menschheit Sorge tragen, ständig intensiviert werden. Bekanntlich verfahren die sozialistischen Länder gerade so: Sie ergreifen neue konstruktive Initiativen und unterbreiten Vorschläge zur Lösung der wichtigsten internationalen Probleme. Einige dieser Vorschläge sind bereits verwirklicht und haben einen positiven Einfluß auf die internationale Atmosphäre, andere stehen noch vor ihrer Realisierung. Zugleich bekundeten die sozialistischen Länder — das ist prinzipiell wichtig — ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf der Grundlage neuer eventueller Vorschläge. Dieser Gedanke wurde in der Meldung über das Treffen zwischen Leonid Breshnew und János Kádár unterstrichen, in der es hieß, daß seitens der sozialistischen Länder „auch die Vorschläge anderer Staaten ein positives Echo finden werden, wenn sie zu einer weiteren internationalen Entspannung, zu einer konstruktiven Regelung der herangereiften Probleme und zur Entwicklung einer friedlichen Zusammenarbeit der Staaten beitragen werden".

Mit Hinblick auf die Verwirklichung der Vereinbarungen von Helsinki wurde auf der Krim über das Belgrader Nachfolgetreffen gesprochen. Die Hoffnung wurde geäußert, daß dieses Treffen seinen Beitrag zur Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und zur Vertiefung der allseitigen nützlichen Zusammenarbeit leisten wird. Seine Vorbereitungsphase, die kürzlich abgeschlossen wurde, hat gezeigt, daß die weitaus meisten Staaten daran interessiert sind, das Belgrader Treffen in einer konstruktiven Atmosphäre und im Geiste der Entspannung durchzuführen. Das ruft Genugtuung in den sozialistischen Ländern hervor.

Natürlich wurden nicht nur europäische Probleme auf der Krim erörtert. Es wurde betont, wie wichtig es ist, den Entspannungsprozeß zu vertiefen und ihn auf alle Regionen der Erde auszuweiten, u. a. auf Asien. Darüber wurde insbesondere bei der Begegnung zwischen Leonid Breshnew und Jumshagin Zedenbal gesprochen. Erneut wurde bekräftigt, daß die UdSSR und die MVR dafür eintreten, daß die Beziehungen zwischen den asiatischen Ländern auf Prinzipien basieren wie die Achtung der Souveränität und die Unverletzlichkeit der Grenzen, der Verzicht auf Gewaltanwendung oder -androhung, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie eine gleichberechtigte und für alle nützliche Zusammenarbeit. Die Teilnehmer des Treffens unterstrichen, daß unter den heutigen Bedingungen das Zusammenwirken zwischen den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und der natio-

nalen Befreiungsbewegung der Völker immer größere Bedeutung erlangt. Hiervon hängen in vielem neue Erfolge beim Kampf für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt, für die Festigung des Friedens ab.

In letzter Zeit ist die Lage in Nordostafrika komplizierter geworden. Dort wurde von imperialistischen und anderen reaktionären Kräften ein neuer, sehr gefährlicher Spannungsherd geschaffen, was die Lage nicht nur in Nordostafrika, sondern auch weit außerhalb dieser Region verschärft und sich auf das gesamte internationale Klima auswirkt. Das löst ernste Besorgnis bei den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft aus. Es ist deutlich, daß imperialistische und andere reaktionäre Kräfte auf jegliche Art bemüht sind, die Einheit der afrikanischen Staaten zu schwächen, sie gegeneinander auszuspielen und die Positionen der Länder zu untergraben, die den sozialistischen Entwicklungsweg gewählt haben. Unter diesen Bedingungen, heißt es in der Mitteilung über das Treffen zwischen Leonid Breshnew und Todor Shiwkow, ist es besonders wichtig, keine Ausweitung der Konflikte zuzulassen und zu gewährleisten, daß die Streitfragen, die ein Erbe des Kolonialismus sind, mit friedlichen Mitteln entsprechend den Prinzipien der guten Nachbarschaft und der antiimperialistischen Solidarität gelöst werden.

Bei den diesjährigen Krimtreffen wurden auch Fragen der zweiseitigen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem betreffenden Bruderland erörtert. Unsere Verbindungen entwickeln sich gut in allen Bereichen. Und wir sind bestrebt, sie zu festigen und auszubauen. Bei dem Meinungsaustausch, insbesondere zwischen Leonid Breshnew und Gustáv Husák, wurde die Wichtigkeit einer weiteren Festigung der politischen und ideologischen Zusammenarbeit zwischen den Bruderparteien betont. Besondere Beachtung verdient, wie es in der Mitteilung über das Treffen zwischen Leonid Breshnew und Edward Gierek hieß, daß die wichtigsten Richtungen der Spezialisierung und Kooperation der Produktion bei der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne und der Aufstellung langfristiger RGW-Zielprogramme bestimmt werden.

Die sorgfältig abgestimmte Außenpolitik der sozialistischen Länder trägt dazu bei, den Weltfrieden zu erhalten und die internationale Entspannung zu vertiefen. Sie entspricht den Interessen der Völker, die ihr Recht auf Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt verteidigen. Die Treffen auf der Krim haben das wiederum überzeugend bekräftigt. ■

STOPPT DIE NEUTRONENBOMBE!

Pawel NAUMOW,
stellvertretender Vorsitzender des Sowjetischen Friedenskomitees

Der Beschluß der jetzigen US-Administration, die Produktion der Neutronenbombe anlaufen zu lassen, hat eine Protestwelle in der ganzen Welt ausgelöst. Auf den Aufruf des Weltfriedensrates fand vom 6. bis 13. August eine Internationale Aktionswoche gegen die Neutronenbombe statt, an der Millionen Menschen guten Willens teilnahmen.

Großen Einfluß auf die Weltöffentlichkeit hatte der gemeinsame Appell von 28 kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, der USA und Kanadas gegen den Beschluß der US-Regierung. In dem Dokument wird der barbarische Charakter dieser Waffe entlarvt. Die kommunistischen Parteien riefen die Völker auf, für eine Einstellung des Wettrüstens, insbesondere des atomaren, sowie für ein Verbot der Entwicklung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen zu kämpfen.

Die Initiative des Weltfriedensrates für die internationale Aktionswoche wurde vom Weltgewerkschaftsbund unterstützt. Der WGB appellierte an die Werktätigen und die Gewerkschaften aller Länder, entschieden gegen den neuen Schritt der USA aufzutreten. Tiefe Besorgnis wegen der amerikanischen Pläne für die Produktion neuer Arten von Massenvernichtungswaffen äußerten die Internationale Organisation der Journalisten, die Internationale Frauenföderation, der Weltbund der Demokratischen Jugend, die Afro-Asiatische Solidaritätsorganisation, das Internationale Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit sowie viele andere internationale Organisationen.

Die Handlungen der USA, die der Entspannungspolitik und der Aufgabe, das Wettrüsten zu beenden, zuwiderlaufen, werden von internationalen Organisationen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Orientierung, die im Kampf für einen dauerhaften Frieden zusammenarbeiten, verurteilt.

Eine breite Kampagne gegen die Neutronenbombe lief in den westlichen Ländern an. Kundgebungen fanden in über 100 Städten der USA statt. In allen großen Städten der Bundesrepublik kam es zu Massendemonstrationen. In Großbritannien gaben viele einflußreiche Organisationen Protesterklärungen gegen die Produktion von Neutronenbomben und Flügelraketen ab. Der Präsident der Weltföderation der Wissenschaftler, Prof. Burhop, charakterisierte in einer Broschüre die Neutronenbombe als Aggressionswaffe und appellierte an die Völker der USA und der anderen NATO-Länder, zu verlangen, daß der Neutronenbombenbeschluß aufgehoben wird.

Versammlung des Aktivs des Sowjetischen Friedenskomitees anläßlich der Internationalen Aktionswoche gegen die Neutronenbombe. Eine Resolution wird angenommen, die den Beschluß der US-Regierung verurteilt, Neutronenbomben zu produzieren.

Foto A. Motschalin

Die Entscheidung des US-Präsidenten für die Neutronenbombe ist von der friedliebenden Öffentlichkeit aller europäischen Staaten sowie in Japan, Indien, Pakistan, Irak, Ghana, Venezuela und anderen Ländern verurteilt worden.

Empört prangert die Öffentlichkeit der sozialistischen Staatengemeinschaft die imperialistischen Kräfte an, die die Menschheit in eine neue Runde des Wettrüstens ziehen.

Das Sowjetvolk ist zutiefst empört. Überall werden Kundgebungen und Versammlungen abgehalten. Auf ihnen bekunden die sowjetischen Menschen ihren festen Willen, gegen die neue Waffe und die Eskalation des Wettrüstens zu kämpfen.

Am 12. August fand in Moskau eine Versammlung des Aktivs des Sowjetischen Friedenskomitees statt. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, die den Beschluß zur Produktion von Neutronenwaffen verurteilt. „Im Namen von Millionen Friedenskämpfern der Sowjetunion", heißt es in der Resolution, „rufen wir alle auf, denen der Frieden teuer ist, ein entschiedenes Nein zur Neutronenbombe zu sagen."

Die Teilnehmer der Versammlung bekundeten ihre volle Unterstützung für die friedliebende Außenpolitik des ZK der KPdSU und der Sowjetregierung und dankten dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breshnew, für sein unermüdliches Wirken im Interesse des Weltfriedens.

Die sowjetische Öffentlichkeit sieht eine vorrangige Aufgabe der Friedenskräfte darin, unverzüglich mit einem breiten Kampf für ein Verbot der Neutronenwaffen zu beginnen. Heute ist die Aktionseinheit der gesamten friedliebenden Weltöffentlichkeit notwendig, um die Produktion eines weiteren gefährlichsten Waffentyps zu verhindern.

Alle Aspekte des lebenswichtigen Abrüstungsproblems müssen nach Meinung der sowjetischen Menschen auch in Zukunft im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der friedliebenden Öffentlichkeit bleiben. Allein durch Massenaktionen kann die Gefahr für den Frieden abgewandt, können die verbrecherischen Pläne der Todesfabrikanten vereitelt und die Politik der friedlichen Zusammenarbeit der Staaten und Völker gerettet werden. ■

RUMÄNIEN

ES BEGANN IM AUGUST 1944

Wladimir ILJIN

Der Sieg der Sowjetarmee über eine 900 000 Mann starke Heeresgruppe der Naziwehrmacht im August 1944 im Laufe der Operation von Iași—Kischinjow, durch die die Nazis und das Regime Antonescus ihre bewaffnete Stütze im Land einbüßten, sowie der erfolgreiche Aufstand der von den Kommunisten geführten patriotischen Kräfte vom 23. August eröffneten in der Geschichte des rumänischen Volkes ein neues Kapitel.

Der Sieg des Sozialismus in Rumänien gehörte zu dem revolutionären Prozeß, der mit der Großen Oktoberrevolution einsetzte. Unter Führung der Kommunistischen Partei und gestützt auf die Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Bruderländern, hat das rumänische Volk sein Land in einen sozialistischen Staat mit einer schnell auslegenden Wirtschaft und vorgeschrittenen Wissenschaft und Kultur verwandelt. Heute macht das Nationaleinkommen in der Republik das 11fache und die industrielle Produktion das 34fache derjenigen der Vorkriegszeit aus. Für den technischen Fortschritt bestimmende Industriezweige gab es früher kaum.

Das Sowjetvolk freut sich aufrichtig über die Erfolge des rumänischen Volkes. Wie Leonid Breshnew im November 1976 auf einer Kundgebung in Bukarest sagte, reicht die Freundschaft der beiden Völker Jahrhunderte zurück. Wie wichtig ihre Solidarität und ihr gemeinsamer Kampf an Wendepunkten der Geschichte war, daran erinnern nochmals zwei Jubiläen: die Hundertjahrfeier der staatlichen Unabhängigkeit Rumäniens und der 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Ebenso wie die Völker der anderen Balkanländer wurde auch das rumänische Volk in seinem jahrhundertelangen Freiheits- und Unabhängigkeitskampf wiederholt von Rußland unterstützt. Die Realität der im Mai 1877 ausgerufenen staatlichen Unabhängigkeit Rumäniens hing vom Ausgang des russisch-türkischen Kriegs von 1877 und 1878 ab. Bei Plewen kämpften rumänische Soldaten Schulter an Schulter mit russischen. Beide Völker werden die damalige Waffenbrüderschaft nie vergessen.

Die Große Oktoberrevolution wirkte sich tief auf die revolutionäre Bewegung in Rumänien aus. Der revolutionäre Kampf der werktätigen Massen nahm einen starken Aufschwung, und im Mai 1921 wurde die Rumänische Kommunistische Partei gegründet. Auch weiterhin waren die Ideen der Oktoberrevolution und die Erfolge der UdSSR beim sozialistischen Aufbau ein starker Ansporn für die revolutionäre Bewegung des Proletariats, ja aller Werktätigen Rumäniens.

Es war nur folgerichtig, daß das neue, das Volksrumänien von Anfang an eine enge Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR pflog und ein vollberechtigtes Mitglied der Staatenfamilie wurde, die den sozialistischen Weg gewählt hatte. Zum Nationalfeiertag des rumänischen Volkes kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß sich die sowjetisch-rumänischen Verbindungen seit Kriegsende stetig fortentwickelt und vervollkommnet haben. Zwischen den beiden Staaten hat sich eine neue Art politischer und wirtschaftlicher Beziehungen herausgebildet. Ihre Grundlage sind die gleiche Wirtschafts- und Staatsordnung, die marxistisch-leninistische Ideologie, ihr gemeinsames Interesse am Schutz ihrer revolutionären Errungenschaften und ihrer nationalen Unabhängigkeit vor Anschlägen der Imperialisten und schließlich ihr gemeinsames Endziel: der Kommunismus.

Für das Verhältnis Rumäniens mit der UdSSR sind völlige Gleichberechtigung, Achtung für die Souveränität des anderen sowie eine brüderliche gegenseitige Hilfe charakteristisch. Dieses Verhältnis wurde im ersten sowjetisch-rumänischen Bündnisvertrag von 1948 verbrieft und in dem von 1970 ausgebaut.

Sehr gut kommen unsere wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen voran, ebenso unsere politische und militärische Zusammenarbeit und unser weltpolitisches Zusammenwirken. Dank gemeinsamen Bemühungen der UdSSR, Rumäniens und der anderen sozialistischen Länder kamen wichtige Fra-

gen zur Sprache, die die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt betreffen.

Eine weitere Festigung der Zusammenarbeit mit Rumänien und den anderen sozialistischen Bruderländern war und bleibt ein Schwerpunkt der sowjetischen Außenpolitik. Das weltpolitische Wirken eines jeden sozialistischen Staates erhöht im Verein mit ihren gemeinsamen Bemühungen die Effektivität der sozialistischen Außenpolitik in ihrer Gesamtheit und der Initiativen der einzelnen Länder.

Die Führungen der sozialistischen Bruderländer bringen bei ihren zahlreichen multilateralen Zusammenkünften den festen Willen zum Ausdruck, die Solidarität und Einheit der sozialistischen Gemeinschaft zu fördern und außenpolitisch einhellig vorzugehen. Sie betonen, daß diese Einheit die Quertreibereien der imperialistischen Reaktion unbedingt zum Scheitern bringt und die nötigen Voraussetzungen für neue Erfolge bei den aufeinander abgestimmten politischen Schritten aller Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft bietet.

Wie fruchtbar direkte Kontakte und ein Meinungs- und Informationsaustausch sind, das zeigte der Besuch Leonid Breshnews vom November 1976 in der SRR. Die Bukarester Aussprachen haben viel dazu beigetragen, die brüderliche Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der RKP sowie die Freundschaft der beiden Länder noch enger zu gestalten.

Am 5. August 1977 traf Leonid Breshnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Präsidialvorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, auf der Krim erneut mit Nicolae Ceauşescu, dem Generalsekretär der RKP und Präsidenten der SRR, zusammen. Das Treffen verlief in einer Atmosphäre herzlicher Freundschaft und hat nochmals bestätigt, daß die sowjetisch-rumänischen Beziehungen eine feste, gesunde Grundlage haben.

Bei dieser Gelegenheit wurde erörtert, wie die im November 1976 getroffenen Vereinbarungen erfüllt werden. Beide Seiten äußerten sich befriedigt über die Entwicklung der Verbindungen zwischen den beiden Parteien und über die wichtigsten Aspekte der sowjetisch-rumänischen Zusammenarbeit.

Letzthin gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen UdSSR und SRR und zwischen KPdSU und RKP noch reger. Häufiger treffen sich Sekretäre der beiden Zentral-

August 1944. Bukarest empfängt die sowjetischen Soldaten

komitees. So trafen sie sich zur Erörterung internationaler Angelegenheiten im Februar und Juni in Moskau. Ende Mai, als Michail Simjanin, Serketär des ZK der KPdSU, in der SRR weilte, wurde ein Plan für den Ausbau der Zusammenarbeit der beiden Parteien auf ideologischem Gebiet für 1977—1980 unterzeichnet. Die freundschaftlichen Verbindungen von Parteiortsgruppen dehnen sich unablässig aus.

Unlängst hatten Alexej Kossygin und Manea Mănescu, die beiden Regierungschefs, eine Aussprache. Die SRR besuchte eine sowjetische Parlamentsdelegation, ebenso der sowjetische Außenhandelsminister Nikolai Patolitschew. In der UdSSR wiederum weilten die stellvertretenden Ministerpräsidenten der SRR Gheorghe Oprea und Ion Pățan. Auf der Ebene Vizeaußenminister werden Konsultationen abgehalten.

Zügig entwickeln sich die Wirtschaftsverbindungen. Der für 1977 eingeplante Warenverkehr ist um 17% größer als der von 1976. Zum beiderseitigen Vorteil wird in der UdSSR unter Beteiligung der SRR das Orenburger Gasvorkommen nutzbar gemacht und werden Großbetriebe wie die Kombinate von Ust-Ilimsk und Kijembajew sowie der Wasserbaukomplex am Grenzfluß Prut gebaut.

Leonid Breshnew und Nicolae Ceauşescu haben das Bestreben geäußert, die für beide Länder nützlichen Verbindungen auch weiterhin zu vertiefen und für die Zukunft eine bilaterale Produktionskooperierung und -spezialisierung in engem Zusammnehang mit multilateralen Maßnahmen im Rahmen des RGW vorzusehen.

Auf der Krim fand ein weltpolitischer Meinungsaustausch statt.

Mit Genugtuung kann folgendes festgestellt werden: Für die Erfüllung der Vereinbarungen von Helsinki ist schon recht viel getan worden. Trotz des Widerstandes der Entspannungsgegner hat sich die Situation in Europa im großen und ganzen gebessert. Ein gewisser Fortschritt ist beim Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den Staaten Europas festzustellen.

Doch die Entspannungsgegner widersetzen sich noch immer nachdrücklich der Ausführung der Vereinbarungen von Helsinki. Vorsätzlich entstellt man Bestimmungen aus der Schlußakte, rückt die einen in den Vordergrund und schweigt die anderen tot. Das alles ist einer Umgestaltung der internationalen Beziehungen hinderlich.

Die Hauptaufgabe der Nachfolgekonferenz in Belgrad ist es, in Europa für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit, also für die Zukunft, zu sorgen. Besonders kommt es darauf an, schon jetzt ein günstiges politisches Klima für die Konferenz zu schaffen. Leonid Breshnew und Nicolae Ceauşescu haben die Hoffnung ausgesprochen, daß das Treffen in Belgrad dazu beitragen wird, die vielseitige und für alle Teile gewinnbringende Zusammenarbeit in Europa profunder zu gestalten.

Die Zusammenkunft auf der Krim ist zweifellos ein Fortschritt bei der sowjetisch-rumänischen Zusammenarbeit im ideologischen Bereich, in Wirtschaft, Kultur und Außenpolitik. Die *Scînteia* (Rumänien) nannte sie ein Ereignis von größter Tragweite, ein neues Kapitel in der Chronik der freundschaftlichen und vielseitigen Zusammenarbeit und Solidarität zwischen der RKP und der KPdSU sowie zwischen der UdSSR und der SRR.

Das sowjetische Volk gratuliert dem rumänischen Volk zum 33. Jahrestag seiner Befreiung vom Faschismus und spricht die Überzeugung aus, daß sich die sowjetisch-rumänischen Verbindungen auch weiterhin ausdehnen werden, zu Nutz und Frommen beider Völker, des Sozialismus und eines festeren Friedens. ■

NORDOSTAFRIKA

DIE HINTERGRÜNDE

Dmitri WOLSKI

In der sonnenversengten Wüste zerstören Geschosse Brunnen; Afrikaner, die ihren Ländern vielleicht den Weg ins nächste Jahrhundert hätten weisen können, werden von ebenso dunkelhäutigen Soldaten ermordet, die gestern in gleich elenden Dörfern und Nomadenlagern gelebt haben. Verstand und Gewissen lehnen sich dagegen auf. Wie verwickelt die von den Kolonialisten geschaffenen Gebietsprobleme, wie stark die ethnischen und religiösen Vorurteile, wie akut die politischen Differenzen zwischen den Entwicklungsländern mitunter auch sein mögen, sie konnten ja ihre Streitfälle bisher friedlich beilegen. Verantwortungsvolle Politiker, patriotisch denkende Menschen müssen doch einsehen, wie gefährlich solche mörderischen Konflikte sind.

Warum lassen sie sich aber manchmal so schwer löschen? Glaubt man westlichen Analytikern und Publizisten, so liegen die Gründe hier im Kampf der Großmächte um die „Einflußsphären" in Afrika und im Nahen Osten. Die Sowjetunion hat nichts damit zu tun, das sei gleich gesagt. Sie will keine Militärstützpunkte, keine Konzessionen oder sonstigen Vorrechte für sich. In den jungen Staaten sieht sie gleichberechtigte Partner, mehr noch, in ihren Völkern unsere historischen Bundesgenossen. Für die imperialistischen Kreise des Westens dagegen sind die Entwicklungsstaaten nicht gleichberechtigte Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, sondern ein Spielball in ihrer neokolonialistischen Politik. Die westliche Presse ergeht sich zynisch in Ausdrücken wie „Spielregeln", „Einsätze" und „Spielerkreis", wie es z. B. die *New York Daily News* im Zusammenhang mit der Situation am Horn von Afrika und im Norden des Kontinents tut. Es kümmert das Blatt wenig, daß es sich nicht um einen grünen Tisch oder einen Baseballplatz handelt, sondern um eine ausgedehnte und dichtbesiedelte Region, deren Völker ihre Unabhängigkeit um einen so hohen Preis errungen haben und nicht gewillt sind, fremde Vorhaben auszuführen.

Was sind das für Vorhaben? Die *New York Daily News*, die gewöhnlich die Ansichten der aggressivsten USA-Kreise widerspiegelt, schreibt zur Bedeutung Nordostafrikas: „Die Region, mehr als fünfmal so groß wie Texas, ist verzweifelt rückständig und arm, aber in dreierlei Hinsicht wichtig: Geographisch kontrolliert sie den Zugang zum Roten Meer, einer Hauptstraße für die Öltanker aus dem Mittleren Osten zu den westlichen Märkten, und liegt an der Nahtstelle zwischen dem arabischen Norden und dem schwarzafrikanischen Süden. Diplomatisch wird das, was sich in diesem Raum abspielt, zahlreiche Länder der dritten Welt beeinflussen, die zwischen Ost und West schwanken... Politisch kann der Ausgang der dortigen vielfältigen Zusammenstöße über den Ausgang der Rivalität zwischen Marxisten, radikalen Nationalisten, mosleminischen Nationalisten und Stämmegruppierungen mindestens für die nächsten Jahre entscheiden."

Aus diesen geopolitischen Erwägungen gehen klar die Motive der imperialistischen Kreise hervor. So rechnen sie damit, die Entwicklung in Nordafrika in der ihnen genehmen Richtung lenken und dann auch den Nahostkonflikt beeinflussen zu können. Auf diese Weise wollen sie die arabischen Völker vom Kampf um die Behebung der Folgen der israelischen Aggression ablenken, ihre Kräfte zersplittern, zugleich die Positionen der reaktionären Regimes festigen und die fortschrittlichen Tendenzen in der arabischen Welt unterdrücken.

Das war ja schon einmal. In Libanon dauerte bekanntlich der durch reaktionäre Kräfte, hinter denen die israelischen Militaristen standen, provozierte Bürgerkrieg über anderthalb Jahre. Im Süden des Landes kommt es bis jetzt zu bewaffneten Zusammenstößen. In letzter Zeit haben sie sich sogar verstärkt, wobei Tel Aviv seinen dortigen Schützlingen schon offen militärische Hilfe erweist. Das hat kein Geringerer als Ministerpräsident Begin zugegeben. Die Kanonensalven am Hermon-Berg schallen bis in die nordafrikanischen Wüsten hinein. Viele Beobachter fragen sich, ob nicht koordinierte Handlungen die arabischen Völker hindern, wirksam eine gerechte Nahostregelung herbeizuführen.

Andererseits haben wir gesehen, daß die Imperialisten Nordostafrika auch als einen Brückenkopf zum „schwarzafrikanischen Süden" betrachten. Genauer: zum weißrassistischen Süden, denn gerade die Rassistenregimes erblicken ihre letzte Chance im Hader zwischen den unabhängigen Staaten des Kontinents. Darauf setzen auch die multinationalen Monopole, die seit langem den Zusammenschluß der jungen Staaten im Kampf gegen den Neokolonialismus auf jede Weise zu verhindern suchen.

Wie erinnerlich legt das Pentagon an der Küste des Indischen Ozeans, wo die meisten dieser Staaten liegen, beschleunigt ein System von Militärstützpunkten an mit dem Zentrum auf der Diego-Garcia-Insel. Dieses große Aufmarschgebiet mit einem Hafen für Flugzeugträger und mit Pisten für strategische Bomber wird schon benutzt. In unmittelbarer Nähe, im Raum am Roten Meer, werden seit Monaten Versuche unternommen, einen „Sicherheitspakt" zustande zu bringen. Das hängt zweifellos mit den Bemühungen zusammen, die CENTO und den ANZUS wiederzubeleben und im Südatlantik einen neuen Block zusammenzuzimmern. Überall spürt man ein und dieselbe lenkende Hand. Gegenwärtig schreibt die westliche Presse ohne weiteres, die geplante „antikommunistische Föderation" im Becken des Roten Meeres werde zu den künftigen militärisch-politischen Bündnissen gehören, die alle Entwicklungsländer einklammern werden.

Es sind also Pläne auf weite Sicht. Braucht man noch zu sagen, daß sie mit den Interessen der freien Völker unvereinbar sind? Beweisen das nicht die Versuche, die äthiopische Revolution zu erdrosseln, die mit der jahrhundertelangen Stagnation in diesem großen Land Schluß gemacht und sein 28-Millionen-Volk wachgerüttelt hat? Die Revolution in Äthiopien beunruhigte aber nicht nur die westlichen Neokolonialisten, sondern auch die reaktionären Kräfte der arabischen Welt, in der die soziale Schichtung ohnehin immer intensiver wird. Wir haben wiederholt von der Politik des saudi-arabischen Hofes geschrieben; hier sei nur bemerkt, daß er für das Schüren der Bruderkriege in Nordafrika in letzter Zeit viel von seinen Einnahmen aus dem Erdöl verausgabt hat. Sendboten Saudi-Arabiens reisen aus einer Hauptstadt in

die andere, und das Aufflackern militärischer Konflikte zeichnet ihre Routen.

Aber bei all ihrem Reichtum, bei all ihrer Autorität als Hüter der mosleminischen Heiligtümer hat die saudiarabische Monarchie weder eine genügend diversifizierte Wirtschaft noch ein modernes ideologi-

sches Rüstzeug, noch eine eigene Rüstungsproduktion. Kann ein überholtes Regime etwas auf eigene Faust unternehmen? Die Selbständigkeit der saudiarabischen Politik ist gelinde gesagt begrenzt. Nicht von ungefähr nennt *Le Matin* (Paris), der im gleichen Bilde wie die anderen westlichen Journalisten bleibt, Saudi-Arabien die „Hauptkarte in dem Spiel der USA in dieser Region".

Doch läßt die Logik der Entwicklung die hinter den Kulissen agierenden Triebkräfte erkennen. Es wird immer klarer, wer die Versuche inspiriert, die fortschrittlichen Regimes in Nordafrika zu torpedieren und die jungen Staaten gegeneinander auszuspielen. Die *Newsweek* schreibt unumwunden: „Das Ziel der USA-Politik besteht heute darin, ein Bündnis von Saudi-Arabien, Ägypten und Sudan als Gegengewicht ... gegen die Regierungen Äthiopiens und Libyens zustande zu bringen."

Unter diesen Umständen kam es zu den kürzlichen Zusammenstößen an der libysch-ägyptischen Grenze und ist der Spannungsherd am Horn von Afrika entstanden. In Ogaden (Äthiopien) kam es zu Kampfhandlungen zwischen regulären Einheiten Somalias und Äthiopiens. Wie es **in einer TASS-Erklärung vom** 14. August heißt, „unternehmen die imperialistischen und anderen reaktionären Kreise fieberhafte Anstrengungen, um den Zwiespalt zwischen Äthiopien und Somalia zu vertiefen" und „zunächst der fortschrittlichen revolutionären Ordnung Äthiopiens und dann der Somalias und der anderen Länder des afrikanischen Kontinents Schläge zu versetzen".

Ohne aus solchen Absichten ein Hehl zu machen, stellt die westliche Presse die Sache so hin, als handelte es sich um eine „Gegenmaßnahme" zur Politik der UdSSR. Aber der einzige Zweck solcher Behauptungen ist es, die Auseinandersetzung zwischen dem Imperialismus und den Völkern der jungen freien Staaten abzustreiten. Die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft stehen unabänderlich auf seiten dieser Völker und setzen sich konsequent für eine friedliche Beilegung der Konflikte ein, die die Völker der dritten Welt erschöpfen. Deshalb sind sie jetzt besorgt über die Zuspitzung der Situation in Nordostafrika, was bei dem jüngsten Treffen Leonid Breshnews mit Todor Shiwkow auf der Krim festgestellt wurde.

In einer Mitteilung über dieses Treffen heißt es: „Die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion strengen sich an, die Einheit der afrikanischen Staaten zu schwächen, sie gegeneinander aufzuhetzen und die Positionen der Länder, die sich für den sozialistischen Entwicklungsweg entschieden haben, zu untergraben. Unter diesen Umständen ist es besonders wichtig, ein Ausbreiten der Konflikte zu verhindern und zu gewährleisten, daß Streitfälle, die der Kolonialismus hinterlassen hat, friedlich, in guter Nachbarschaft und antiimperialistischer Solidarität gelöst werden."

Das ist um so notwendiger, als der Imperialismus auch heute vor nichts haltmacht, um seine gestrigen Kolonien weiterhin ausbeuten zu können. Vor allem ist er bereit, das Leben vieler Menschen in den Entwicklungsländern für seine Pläne zu opfern, denn die Zukunft dieser Länder ist für ihn nur eine Scheidemünze in den gefährlichen neokolonialistischen „Spielen". ■

NZ STREIFLICHTER

■ RHODESIEN

Bei seiner Rückkehr aus dem Nahen Osten hielt sich US-Außenminister Vance in London auf, wo er mit seinen Amtskollegen Owen (Großbritannien) und Botha (RSA) zusammentraf. Sie erörterten die Möglichkeiten, den britisch-amerikanischen Plan einer „friedlichen Regelung" in Rhodesien (Simbabwe) zu verwirklichen. Nach den Verhandlungen erklärte Owen, daß „weitere Konsultationen not tun". Die TIMES schrieb, bei den Londoner Verhandlungen sei nichts Wesentliches erreicht worden.

Die Patrioten Simbabwes und die Völker der anderen afrikanischen Länder, die mit ihnen solidarisch sind, verurteilen die Versuche der imperialistischen Mächte, ihnen im Bündnis mit den Rassisten die eigene „Regelung" aufzuzwingen. Joshua Nkomo, ein Leiter der Patriotischen Front von Simbabwe, lehnte auf einer Pressekonferenz im New-Yorker UNO-Hauptquartier den britisch-amerikanischen Plan kategorisch ab. Julius Nyerere, Präsident von Tansania, erklärte auf Jamaika, die „Suche nach einer Lösung" des rhodesischen Problems in ihrer britisch-amerikanischen Form bezwecke, die Übergabe der Macht an die afrikanische Mehrheit hinauszuzögern. Er stellte fest, daß der bewaffnete Kampf der Patrioten Simbabwes gegen das gesetzwidrige Regime von Smith an Stärke zunimmt, und äußerte die feste Hoffnung auf seinen erfolgreichen Ausgang.

■ SYRIEN

Am 13. August brachte die Zeitung TISHRIN einen Artikel über die Wirtschaftsbeziehungen Syriens zu den sozialistischen Ländern. Über die ökonomische Zusammenarbeit mit der UdSSR schreibt das Blatt, sie entwickele sich rasch und erfasse alle wichtigsten Wirtschaftszweige — die Energetik, die Erdöl- und die Chemieindustrie, die Bewässerung, das Verkehrswesen — sowie die Ausbildung von Fachkräften. Die hydrotechnischen Anlagen am Euphrat sind das größte Bauvorhaben nicht nur in der Syrischen Arabischen Republik, sondern auch im ganzen Nahen Osten.

Dank den gemeinsamen Bemühungen

——▶

NAHER OSTEN

NACH DER VANCE-REISE

Fast zwei Wochen verfolgte die Presse der USA und anderer Länder aufmerksam die Nahostreise von Außenminister Cyrus Vance. Er besuchte Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien, Saudi-Arabien und Israel. Die US-Presse war bemüht, diese Reise als praktischen Schritt der Washingtoner Administration zu einer Friedensregelung in einem der gefährlichsten internationalen Spannungsherde darzustellen. Es wurde gemeldet, Vance führe konkrete Vorschläge mit sich, die, wenn sie auch den Nahostkonflikt nicht gleich lösen, so doch zumindest die Möglichkeit einer Friedensregelung ganz nahe brächten.

Doch schon auf der ersten Etappe der Reise des US-Außenministers trat die ganze Schwäche der amerikanischen Konzeption für eine Überwindung der Nahostkrise zutage, die eigentlich die Schlüsselfragen des Konflikts, vor allem die Palästinafrage, nicht berührt. Nach Pressemeldungen sieht der US-Plan einen Abzug der israelischen Truppen in größerem Umfang auf der Sinaihalbinsel und teilweise auf den Golan-Höhen vor. Er geht aber nicht auf die Frage des Westjordanlandes, des Gaza-Streifens und auf die Bildung eines palästinensischen Staates ein.

Die meisten Zeitungen sind skeptisch gegenüber dem Nahostplan der USA. Der britische *Guardian* bezeichnete ihn sogar als eine „Farce". Das ist natürlich eine Übertreibung. Doch unbestritten bleibt: Vances Reise hat einen gerechten Frieden im Nahen Osten nicht näher gebracht.

Warum? Von Anfang an war ja deutlich: Diese Reise verfolgte andere Ziele. Die syrische Zeitung *Tishrin* unterstrich: „Es liegt auf der Hand, daß sich in der gegenwärtigen Situation die Rolle der USA darauf beschränkt, Druck auf die Araber auszuüben, um sie zu zwingen, erneut zu Separatabkommen und zu einer Loslösung des Palästinaproblems von der territorialen Frage im Hinblick auf Sinai und Golan zurückzukehren." Im Grunde ging es um einen neuen Versuch, eine umfassende Lösung der Nahostprobleme durch einzelne Schritte zu ersetzen. Gerade so kann man auch den Vorschlag für die Einberufung nicht der Genfer Konferenz, sondern einer sogenannten Arbeitsgruppe zu ihrer Vorbereitung auffassen. In eine solche Arbeitsgruppe sollten nur die Außenminister Ägyptens, Syriens, Jordaniens und Israels sowie der USA einbezogen werden.

Nach außen hin unterbreitete Ägyptens Präsident Sadat einen solchen Vorschlag bei den Gesprächen mit Vance. Doch die Presse schrieb, daß der Gedanke, eine derartige Arbeitsgruppe zu bilden, eigentlich vom israelischen Ministerpräsidenten Begin stammt, der ihn bei seinem letzten Washington-Besuch darlegte. Nicht von ungefähr beeilte sich die israelische Regierung, Sadats Vorschlag zu begrüßen. Der Gedanke aber, eine „Arbeitsgruppe" zu bilden, fand sonst bei niemandem Unterstützung. Die syrische Regierung wies ihn auf das entschiedenste zurück. Auch in den meisten anderen arabischen Ländern wurde dieser Plan als Manöver angesehen, das nicht nur die Palästinenser von der Genfer Konferenz fernhalten, sondern auch ihre Einberufung verhindern und sie durch ein Außenministertreffen ersetzen soll. „Israelische Politiker sagen, daß nach Begins Meinung ein Außenministertreffen den erwarteten Genfer Gipfel ersetzen könnte", schrieb hierzu der britische *Morning Star*.

Zu den Friedensbedingungen zeigte der neue israelische Außenminister General Dayan bei den Gesprächen mit Vance ebenfalls eine negative Haltung: zu Verhandlungen mit der PLO, „in welcher Form auch immer", gegenüber einer „Rückkehr zu den Grenzen von 1967" und zur Bildung eines unabhängigen Palästinenserstaates. „Wir lehnen selbst den Gedanken einer palästinensischen Heimstatt oder eines palästinensischen Staatsgebildes ab", erklärte Dayan.

Wie reagierte Vance auf all das? Nach Meldungen von Nachrichtenagenturen ließ er es bei Aufrufen an die israelische Führung bewenden, die Bemühungen der USA für ein Friedensabkommen im Nahen Osten zu unterstützen, selbst wenn es eine „gewisse Unsicherheit und Veränderungen" bringen würde. Zu-

ZYPERN

PRÄSIDENTENWAHL

Im Mittelpunkt des politischen Lebens Zyperns steht die Wahl eines Nachfolgers für den verstorbenen Erzbischof Makarios. Laut Verfassung muß sie innerhalb von 45 Tagen erfolgen. Um Nachwahlen am 10. September zu vermeiden (im Februar 1978 wäre die fünfjährige Amtsperiode von Makarios abgelaufen), traten drei der vier großen Parteien der griechischen Volksgruppe — die Demokratische Front, die Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns (AKEL) und der Einheitliche Demokratische Zentrumsverband (EDEK) — dafür ein, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen: den amtierenden Präsidenten Spyros Kyprianou. Kyprianou erklärte, er werde stets die Innen- und Außenpolitik Makarios' verfolgen. Kyprianous Kandidatur entspräche dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit des zyprischen Volkes, erklärte AKEL-Generalsekretär Ezekias Papaioannou. Zypern brauche eine konsequente Fortführung von Makarios' Politik: „Wir wollen, daß Zypern ein Zentrum des Friedens und der Zusammenarbeit in der Region und kein Sprungbrett für imperialistische Abenteuer ist."

Der Führer der Demokratischen Sammlungspartei, Glafcos Klerides, sprach sich aber gegen die Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten aus. Wie Beobachter meinen, wollte er selbst kandidieren. Doch nach einer Sitzung ihres Zentralrates stimmte auch die Demokratische Sammlungspartei dem Vorschlag der drei Parteien zu. Das bedeutet, daß Kyprianou bis zu den Wahlen im Februar 1978 Präsident wird.

Wie der türkische Rundfunk meldete, erklärte Außenminister Ihsan Sabri Çaglayangil, die Türkei erkenne den Nachfolger von Makarios nicht als Präsidenten von ganz Zypern an. „Der türkische Bundesstaat auf Zypern sowie die türkische Regierung werden sich damit nicht abfinden", sagte er.

N. SCHMELJOW

Die Politik der israelischen Besatzer zeugt davon, daß Tel Aviv in den 1967 besetzten arabischen Gebieten fest Fuß fassen will. Diese Soldaten sollen die Proteste der arabischen Bevölkerung unterdrücken.

gleich versicherte der US-Außenminister erneut seinen Gesprächspartnern, die USA würden nie etwas vorschlagen, was der „Sicherheit" Israels abträglich wäre. Folglich werden die amerikanische Militär- und Finanzhilfe für Israel sowie die pausenlosen Lieferungen neuester Waffen und Rüstungsgüter auch in Zukunft die extremistische Führung Israels noch aggressiver machen und die Spannungen im Nahen Osten anheizen.

Andererseits hat die Vance-Reise erneut gezeigt: Niemandem wird es gelingen, den gerechten Kampf des arabischen Volkes von Palästina für seine unveräußerlichen nationalen Rechte abzuwürgen. In einer Erklärung des PLO-Exekutivkomitees heißt es, die verschiedenen amerikanischen und zionistischen Pläne und Vorschläge verfolgten das Ziel, die arabische nationale Befreiungsbewegung aufzuhalten und die Errungenschaften der palästinensischen Revolution zu schmälern, wobei der Hauptschlag gegen das Recht des arabischen Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung und die Bildung eines unabhängigen nationalen Staates auf seinem Territorium unter Führung der PLO gerichtet ist — des einzigen legitimen Vertreters des arabischen Volkes von Palästina.

Doch bringen solche Pläne einen Frieden im Nahen Osten näher?

Die *Westdeutsche Allgemeine* schrieb zu Recht, daß alle Nahoststaaten in Frieden, sicheren und anerkannten Grenzen bestehen müßten. Das gelte nicht nur für Israel, sondern in gleicher Weise auch für die Palästinenser, die im Nahen Osten eine Heimstatt in Form ihres eigenen Staates finden müßten.

Es liegt nicht daran, daß es Außenminister Vance an Überzeugungskraft gemangelt hätte. Die Lage bleibt so explosiv wie vor seiner Reise.

„Die Erfahrungen zeigen", schrieb die Beiruter *Al-Safir*, „daß amerikanische Staatsmänner vielmals den Nahen Osten besuchten und jedes Mal nicht auf die Meinung der Araber hörten. Überaus höflich und mit einer freundlichen Miene versprachen diese Diplomaten viel, doch in Wirklichkeit halfen die USA weiterhin Israel und unterstützten wie früher vorbehaltlos seine Forderungen, wie absurd und unrealistisch sie auch sein mochten. Auch nach der Vance-Reise dürfte sich kaum etwas ändern..."

Wandlungen sind kaum zu erwarten. Ob es der US-Außenminister wollte oder nicht — die Realitäten haben wiederum deutlich gemacht, daß ein wirklich gerechter Frieden im Nahen Osten nur bei einer Lösung der Schlüsselprobleme erreicht werden kann. Zu ihnen gehören bekanntlich: der Abzug der israelischen Truppen aus allen 1967 besetzten arabischen Gebieten; die Gewährleistung der unveräußerlichen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina einschließlich des Rechtes auf die Bildung eines eigenen Staates sowie eine Atmosphäre des Friedens und der Sicherheit für alle Staaten und Völker des Nahostraums.

J. MICHAILOW

NZ STREIFLICHTER

beider Länder bei der Prospektierung und Erschließung von Ölvorkommen sei Syrien das erste arabische Land, stellt die Zeitung weiter fest, das selbständig Erdöl gewinne und exportiere. Mit sowjetischer Hilfe werden Eisenbahnstrecken, die alle Gegenden der Republik miteinander verbinden, und Bewässerungsanlagen im Euphrattal gebaut.

Über 22 000 Arbeiter und Techniker haben Lehrgänge bei den Bauobjekten der sowjetisch-syrischen Zusammenarbeit mitgemacht. Viele Syrier haben in der UdSSR studiert.

■ USA

Am 12. August wurde auf dem Luftstützpunkt Edwards [Kalifornien] die Flugprobe der Weltraumfähre „Enterprise" des Raumschiffs „Shuttle" abgehalten. Die Fähre mit Fred Haise und Gordon Fullerton an Bord hatte sich im Huckepackverfahren in etwa 7 km Höhe von einer Boeing 747 gelöst und war nach einem etwas über 5 Minuten dauernden Flug auf einem ausgetrockneten See unweit vom Stützpunkt gelandet.

Wie die US-Presse feststellt, war dieser Test sehr wichtig: Die „Enterprise" sollte ihre Fähigkeit zum freien Gleitflug demonstrieren, da sie nach Abschluß des geplanten Flugs mit abgestellten Triebwerken landen werde.

Gleichzeitig arbeiten Fachleute in Mississippi an den Haupttriebwerken der Rakete und in Utah an den abzuwerfenden Startbeschleunigern. Anfang 1979 wird eine Testserie von 6 Flügen durchgeführt. Gegenwärtig wählt die NASA von den 8000 Bewerbern 40 Kandidaten für die „Shuttle"-Flüge aus.

Der erste Probeflug von „Shuttle" mit zwei Astronauten an Bord soll 60 Stunden dauern. Das Raumschiff wird in der Flugraumzentrale in Florida starten und nicht weit von Edwards landen. Die späteren Testflüge und -landungen werden auf dem Cape Canaveral vorgenommen werden, wo bereits eine 3 Meilen lange Landungspiste fertig ist.

■ ZAIRE

Präsident Mobutu enthob am 13. August Außenminister Nguza Carl

——▶

BRD

BUMERANG

Emil CARLEBACH (BRD)

Der Bumerang, die Waffe der australischen Ureinwohner, hat die Eigenschaft, auf den zurückzufliegen, der ihn geworfen hat. Die letzten Wochen und Monate zeigen, daß in der Bundesrepublik Deutschland diejenigen, die die Diskussion um die „Menschenrechte" hochgespielt haben, in die Lage kommen, einen Bumerang auf sich zurückfliegen zu sehen, der sie selbst schmerzlich trifft.

Da ist die Bundesbürgerin Hannelore Flor, Büroangestellte bei der Firma Käser in Hamburg. Am 21. Februar wurde sie von einer Minute zur anderen aus ihrer Arbeitsstelle geworfen. Begründung: Ihr Ehegatte ist Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei. Der Verfassungsschutz — die politische Geheimpolizei — hatte den Firmeninhaber unter Druck gesetzt, die Frau sofort hinauszuwerfen.

In der Anwaltskanzlei Schmitt—Lehrmann in München liegt ein Brief des bayerischen Kultusministeriums, betreffend den Bundesbürger Wolfgang Eichhorn. Auch Eichhorn wird die Berufsausübung verweigert. Er hatte den Antrag gestellt, Beamter zu werden. Schreiben des Kultusministers: „Von Vorteil für Ihren Mandanten wäre es, wenn ein Nachweis über die Erhebung der Scheidungsklage und — falls die DKP-Mitgliedschaft der Ehefrau zur Mitbegründung des Scheidungsbegehrens herangezogen wurde — eine entsprechende Bestätigung beigebracht werden könnte."

Unter der Hitlerdiktatur wurden „Arier" unter Druck gesetzt, sich von jüdischen Ehegatten scheiden zu lassen, heute ist man „demokratischer" in der Bundesrepublik — man braucht sich nicht mehr von Juden scheiden zu lassen, nur noch von Kommunisten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die „Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" vom 9. Oktober 1968 unterschrieben. Dort heißt es in Artikel 3: „Die Teilnehmerstaaten dieser Konvention verpflichten sich, die Gleichberechtigung von Mann und Frau hinsichtlich aller in dieser Konvention niedergelegten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gewährleisten." Zu diesen in der Konvention niedergelegten Rechten gehört zum Beispiel gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit ohne jeden Unterschied — dies steht auch ähnlich im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Aber nur auf dem Papier. Denn die Unterschrift der Bundesrepublik steht im krassen Gegensatz zur Realität, die besagt, daß Frauen bis heute nur etwa 60% der Entlohnung von Männern bekommen, daß Frauen ungleich schlechtere Bildungschancen haben etc. etc.

In der erwähnten Konvention steht mit der Unterschrift der Bundesrepublik Deutschland im Teil 3, Artikel 6: „Die Teilnehmerstaaten dieser Konvention erkennen das Recht auf Arbeit an." Ähnlich steht es in den Länderverfassungen einer Anzahl Bundesländer der Bundesrepublik — aber seit Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen in diesem Lande kaum unter eine Million heruntergegangen.

In der BRD, die diese Konvention unterschrieben hat, darf ein SS-Mann Präsident sämtlicher Unternehmerverbände sein — Herr Schleyer, der gerade in diesen Tagen öffentlich verkündet hat, Recht auf Arbeit dürfe es nicht geben, denn dies sei „Zwang zur Arbeit". Ausgerechnet ein SS-Mann belehrt uns darüber.

Das Verwaltungsgericht in Mannheim hat kürzlich in einem Urteil — ebenfalls zum Thema Berufsverbote — festgestellt: Die Deutsche Kommunistische Partei nennt als Voraussetzung der Freiheit des Arbeiters die Aufhebung des Unternehmerrechts auf Ausbeutung. Damit, so das Verwaltungsgericht, erweise sich, daß die Deutsche Kommunistische Partei dem Grundgesetz der Bundesrepublik feindlich gegenüberstehe! Mit anderen Worten: Für die Richter, die zu einem nicht unerheblichen Teil aus der Hitlerdiktatur übernommen wurden, steht fest: Das Recht auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist ein Grundrecht in der Bundesrepublik...

Nach der Verfassung der Bundesrepublik gibt es ein Recht auf Leben. Die Todesstrafe ist sogar ausdrücklich abgeschafft. Wie sich dieses Recht im einzelnen realisiert, dazu ein Zitat aus der größten illustrierten Wochenschrift der Bundesrepublik: „Der Polizist Lörcher funktioniert. In die Knie, Arm hoch, Waffe auf den Körper des Gegners, abziehen. Das darf einen Lidschlag lang dauern. Kombattschuß heißt das, Kampfschuß. Dutzende Male hat er diesen Reflex im Schießkino geübt und immer gut getroffen."

Das Projektil durchschlägt in 1,10 Meter Höhe das Doppelfenster der Terrassentür, splittert am Brustbein des Peter Lichtenberg in zwei Teile. Das eine schlägt in die Bauchspeicheldrüse, das andere durchtrennt die Körperschlagader neben der Leber. Peter Lichtenberg war 14 Jahre alt. Am 9. Februar spielte er —welches Verbrechen! — in einem leerstehenden Hochhaus, das einem Konzern gehört. Die Polizei wurde alarmiert: „Einbrecher". Und der Polizist, ohne auch nur zu wissen, mit wem er es zu tun hatte, schoß — gemäß Dienstvorschrift — auf den „Einbrecher". Es geschieht ihm nichts: Er verhielt sich korrekt.

Kurz darauf wurde, ebenfalls in der Nähe von Frankfurt, der 43jährige Landwirt Schlaudraff von der Polizei erschossen. Er hatte tote Schafe von seinem eigenen Feld abtransportiert. Aber die Polizei hielt ihn für einen Viehdieb. Die Vermutung des Diebstahls genügte für den tödlichen Schluß. Auch dies „korrekt".

Fast jede Woche wird auf diese Weise in der Bundesrepublik ein Mensch „versehentlich" ums Leben gebracht. Kein Richter darf die Todesstrafe verhängen — wohl aber der Polizist, kraft „Vermutung".

Klagen über Polizeibrutalitäten nehmen kein Ende. Die Rechtsanwälte Rüsch und Johann haben Klage eingereicht gegen die Polizei in Wuppertal (Niederrhein) wegen Mißhandlung griechischer Arbeiter — die ironischerweise in der Bundesrepublik „Gastarbeiter" heißen.

Das griechische Brautpaar Sgamoulis hatte im Restaurant „Fuchspark" am 26. Februar in Wuppertal Hochzeit gefeiert. Aber der Wirtin gefielen ihre ausländischen Gäste nicht, und so alarmierte sie die Polizei. Hier Zitate aus der Klageschrift der Anwälte: „Es war fürchterlich. Ein Teilnehmer wurde mit einem Lattenzaun geschlagen, einige Frauen wurden ohnmäch-

tig... Auf der Wache kam es anschließend zu einer wahren Orgie von Gewalttätigkeiten... Sikos Elexiou wurde von mehreren Beamten festgehalten, während ein anderer sich eigens schwarze Lederhandschuhe überstreifte, um anschließend dessen Körper mit Faustheben, überwiegend in die Magengegend, zu traktieren." Als der Mißhandelte auf den Boden fiel, ging es weiter: „In dieser Lage trat ein Beamter den am Boden Liegenden fünf- bis sechsmal in Nierengegend. Da sich die Beamten durch seine Schmerzensschreie gestört fühlten, drehten sie das Radio auf ohrenbetäubende Lautstärke."

Die Lage der „Gastarbeiter" ist katastrophal — und nicht nur, wenn Übergriffe gegen sie vorkommen, sondern bereits nach den normalen Gesetzen und Verordnungen. Sie müssen zu einem erheblichen Teil in Baracken hausen, die Familie auseinandergerissen, ohne das Recht, die Kinder nachzuholen. Sie dürfen den Betrieb oder die Gegend, die ihnen zur Arbeit angewiesen ist, nicht wechseln ohne die Genehmigung des Arbeitsamtes — andernfalls Abschiebung. Sie riskieren, wenn sie durch Forderung nach tarifmäßiger Entlohnung und korrekter Behandlung „unangenehm" auffallen, vom Unternehmer der Ausländerpolizei gemeldet und abgeschoben zu werden. Sie sind ihres Lebens nicht sicher: In Biblis (Südwestdeutschland) muß die Polizei nach dem Verbleib des türkischen Arbeiters Ibrahim Selmmon recherchieren, der, wie jetzt gemeldet wurde, im Fundament des Kernkraftwerks lebendig einbetoniert wurde, nachdem er gegen die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung protestierte. An der Autobahn in der Nähe von Köln untersucht die Polizei wegen des türkischen Arbeiters Achmed Kosiz, der ebenfalls lebendig in den Beton geworfen und in seinem steinernen Grab eingemauert worden sein soll.

All diese Tatsachen kommen vielen Bundesbürgern erst richtig ins Bewußtsein, seit eine Diskussion über Menschenrechte aufgerollt worden ist. Der frühere Bundesjustizminister Ehmke warf im Bundestag die besorgte Frage auf: Wenn man über Minderheitenrechte spreche, „dann sollten wir auch über die Rechte ausländischer Arbeiter in diesem Lande sprechen. Wir sollten es uns auch nicht so einfach machen, die Infragestellung des Rechts auf Arbeit und der Freiheit vor Not und Furcht durch die Arbeitslosigkeit als nicht menschenrechtsrelevant abzutun". In den Auseinandersetzungen mit den Scharfmachern von der CDU/CSU sah sich der frühere Minister veranlaßt, zu erwähnen, daß „es nicht unbedingt ein gutes Licht auf uns wirft, daß ein Lokomotivführer, der in der Deutschen Kommunistischen Partei ist, bei uns nicht eine Lokomotive führen darf".

Diese BRD-Bürgerin verteilt Flugblätter mit dem Aufruf, gegen die Diskriminierung der Frauen zu kämpfen.

Foto TASS

Was Verletzung von Menschenrechten durch Bundesregierung, Länderregierungen, Polizei und Behörden betrifft, so hat das Sprachrohr des westdeutschen Großbürgertums, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, einen klaren Standpunkt: „Da wird einer unschuldig verurteilt. Hat er Glück und kommt nach jahrelanger Gefangenschaft die Wahrheit ans Licht der Justiz, wird er freigelassen... Aber es war nicht Unrecht. Staatliche Strafgewalt ohne das Risiko des Justizirrtums gibt es nicht... Der Staat hat sich also kaum etwas vorzuwerfen... Es wird Zeit, daß die Hampelei aufhört." (*FAZ*, 16. März 1977).

Damit auch ganz klar wird, wie die Hintermänner der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* über die Menschenrechte im eigenen Lande denken, hat dieser auf der ersten Seite der Zeitung erschienene Kommentar die Überschrift: „Schluß mit der Hampelei!".

Frankfurt a/M

NZ STREIFLICHTER

Bond seines Postens und ließ ihn „wegen versuchten Hochverrats" (Aufstand in der Provinz Shaba im Frühjahr d. J.) verhaften. Nguza ist ein Lunda, dieser Stamm lebt in Shaba. Mobutu erklärte, Nguza hätte vom Aufstand gewußt, den Präsidenten aber nicht davon in Kenntnis gesetzt sowie „Kontakte zu den Rebellen" unterhalten, auch nachdem die Kampfhandlungen beendet gewesen seien. Mobutu beschuldigte ferner Nguzas Onkel Mwana Yamvo, den Häuptling des Lundastammes und einen Bruder von Moise Tshombe, des Hochverrats.

Zwei Tage vor Nguzas Verhaftung setzte Mobutu den Präsidenten der Nationalbank Sambwa Pida Nbagui ab und erklärte, das sei „erst der Anfang einer langen Kampagne", in deren Verlauf viele mit den Begebenheiten in Shaba verbundene Beamte entlassen werden sollen.

JAMAIKA

Am 8. August verstaatlichte die Regierung die dortige Filiale der britischen Barclays Bank Ltd. Statt dessen wird eine Nationale Kommerzbank Jamaikas gegründet, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fördern wird. Diese Maßnahme erfolgte gemäß einem Programm der Gesundung der nationalen Wirtschaft, in dem die Nationalisierung der Privatbanken, der Betriebe der Zementindustrie sowie der Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den RGW-Ländern vorgesehen ist.

Auch in der Landwirtschaft Jamaikas gehen fortschrittliche Veränderungen vor sich. Dank der Agrarreform haben über 25 000 Bauernfamilien den Grund und Boden erhalten. Weiteren 10 000 werden Grundstücke bis Ende d. J. zugeteilt. Der Staat erweist den Bauern finanzielle und technische Hilfe.

Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien hat schon ihre ersten Früchte getragen. Wie das Institut für Bauxite mitteilte, stieg die Produktion in der verstaatlichten Bauxitgewinnung des Landes im ersten Halbjahr 1977 um 22,8% gegenüber der gleichen Periode v. J. und der Export von Tonerde (Rohstoff für die Aluminiumindustrie) um 41,5%.

SICHERE ORIENTIERUNGSPUNKTE

Valentin RAIKERUS

Als André Gide Kongo vor fast 40 Jahren besuchte, schien es ihm, als schliefe das Land. Den gleichen Einduruck hätte eine Kongo-Reise auch noch vor etwa 15 Jahren hinterlassen können. Vor 1960, als das Land unabhängig wurde, hatte es sich im Zustand der sozialen und politischen Lethargie befunden. Wenn die Weltpresse Kongo schon mal erwähnte, so waren es hauptsächlich Anekdoten aus dem Leben seines ehemaligen Herrschers Fulbert Youlou, der für seine Verschwendungssucht und exzentrische Art bekannt war. So beschloß er z. B., in der Hauptstadt Brazzaville ein „Klein-Versailles" zu bauen, und ließ die Baustoffe aus Europa per Luft kommen.

Dann wachte das verschlafene neokolonialistische Kongo auf. Alles vollzog sich zwischen dem 13. und 15. August 1963, und diese „drei ruhmreichen" Tage sind in die Geschichte des Landes eingegangen. Als Ergebnis von Aktionen der Arbeiterklasse unter Führung der Gewerkschaften brach das neokolonialistische Regime in Brazzaville wie ein Kartenhaus zusammen. Fulbert Youlou flüchtete sich ins Ausland, die Macht in Kongo übernahmen Vertreter der revolutionär-demokratischen Kräfte. Äußerlich überraschend, war der Zusammenbruch der neokolonialistischen Regierung doch ein gesetzmäßiges Ergebnis der politischen Entwicklung in Kongo. Die neue Regierung verkündete, sie werde in dem Land fortschrittliche sozialökonomische Veränderungen vornehmen und eine wahre Unabhängigkeit anstreben. Die im Juli 1964 gegründete Partei Nationale Revolutionäre Bewegung (MNR) gab die sozialistische Orientierung des Landes bekannt.

Bald darauf entstanden einheitliche, gesamtnationale demokratische Massenorganisationen: Gewerkschaften, eine Frauen- und eine Jugendorganisation. Unter aktiver Teilnahme der Werktätigen ging man an die Schaffung eines staatlichen Wirtschaftssektors, auf dem Lande entstanden die ersten Genossenschaften.

Das neue Kongo formte sich in einem äußerst angespannten Kampf gegen die auswärtige und die innere Reaktion, die bestrebt war, die revolutionäre Entwicklung in Kongo um jeden Preis aufzuhalten und es auf den kapitalistischen Entwicklungsweg abzudrängen. Der rechte MNR-Flügel unter dem Ex-Präsidenten der Republik Massamba-Débat wollte der Partei einen „Bantu-Sozialismus", der mit dem wissenschaftlichen Sozialismus nichts gemein hat, als amtliche Doktrin und dem Staat die Alleinherrschaft besagten Präsidenten aufzwingen.

Das Abgleiten nach rechts wurde 1968 aufgehalten. Nach einer Aktion patriotisch gesinnter Offiziere unter Marien Ngouabi, die von den Werktätigen Kongos entschieden unterstützt wurde, mußten Massamba-Débat und seine Anhänger die Macht aufgeben.

Ein Markstein im Leben des jungen unabhängigen Staates war die Ausrufung der Volksrepublik Kongo Ende 1969 und die Gründung der Kongolesischen Partei der Arbeit (PCT). Die Partei, die die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus als ihre ideologische Grundlage annahm, trat gegen die Vorherrschaft der ausländischen Monopole in der Wirtschaft auf und setzte sich für die volle politische und wirtschaftliche Befreiung des Landes ein.

Die PCT und die Regierung der Republik kämpften für den Aufbau einer neuen, auf wahrer sozialer Gerechtigkeit basierenden Gesellschaft. In den letzten Jahren wurden unter der PCT-Führung wichtige Umgestaltungen verwirklicht, die die wirtschaftliche Selbständigkeit gestärkt und das Lebensniveau der Bevölkerung erhöht haben.

Grund und Boden, Wälder und Bodenschätze

Der Grund und Boden sowie die Bodenschätze wurden Volkseigentum. Der Staat kontrolliert alle Betriebe der Zucker-, der Textil- und der Zementindustrie. Die Eisenbahnen, der See-, der Fluß- und der Lufttransport, alle privaten Straßen, Brücken, Fähren und Flugplätze sowie der gesamte Import und Absatz von Erdölprodukten sind verstaatlicht. Die Niederlassungen von Shell, Texaco und Mobil Oil, die sich an der Arbeit des kongolesischen Volkes bereicherten, sind des Landes verwiesen.

Die staatlichen Betriebe wirken erfolgreich im Handel, in der Stromerzeugung und -verteilung sowie in der Wasserversorgung. 1974 und 1975 stieg der Anteil des staatlichen Sektors an der Industrieproduktion auf 30% und in der Landwirtschaft auf 10—15%. Energische Maßnahmen werden getroffen, um die Nahrungsmittelerzeugung zu steigern. Zu diesem Zweck hat man in den Provinzen Pool und Niari landwirtschaftliche Genossenschaften gegründet.

Von großer Bedeutung ist die Holzindustrie. Die Wälder, die fast 60% des Territoriums der Republik einnehmen, spielen im Leben des Kongolesen eine außerordentliche Rolle: Der Wald gibt ihm Nahrung und Kleidung, spendet den rettenden Schatten vor der stechenden Sonne und schützt vor den endlosen tropischen Regen. Auch in der Kunst verwendet der Kongolese seit Jahrhunderten Holz, aus dem er seine unverwechselbaren Plastiken, Masken und Basreliefs schnitzt.

Vor der August-Revolution 1963 entfielen auf die rein kongolesischen Betriebe nur 14% der Holzindustrie. Das Auslandskapital trieb Raubbau an den wertvollsten tropischen Holzarten: Okuma und Limba.

Zwecks rationeller Ausbeutung der Waldreichtümer wurden Anfang 1974 ein Kodex von Regeln und ein Entwicklungsplan für diesen Industriezweig angenommen. Zugleich beschloß man, die Waldbestände zu erfassen. Im Süden des Landes, wo die Wälder in den kolonialen und neokolonialen Zeiten dem Profit zum Opfer fielen, wird eifrig aufgeforstet. Heute soll die Holzbeschaffung in den Industriegebieten des Landes sparsamer, im waldreichen Norden dagegen, der weniger dicht bevölkert und weniger erschlossen als der Süden ist, intensiver werden.

Die Regierung nimmt Kurs auf die Industrialisierung, auf die Festigung des staatlichen Sektors in der Industrie. Heute bestehen bereits einige Dutzend staatliche Industriebetriebe. Vor kurzem wurde ein neues wichtiges Objekt, eine Erdölraffinerie in Pointe-Noire, gebaut; der Betrieb wird jährlich 1 Mio t kongolesisches Erdöl verarbeiten.

Die Einnahmen pro Kopf der Bevölkerung haben 300 Dollar im Jahr

erreicht. Das ist beträchtlich höher als der afrikanische Durchschnitt. In letzter Zeit haben sich die Mindestlöhne fast verdoppelt. In den ersten Jahren der Unabhängigkeit zählte die Republik höchstens 20 Ärzte, heute kommt ein Arzt auf 13 000 Einwohner.

Die Republik geht zur Schule

Die Erfolge im Bereich der Bildung sind groß. Heute gehört Kongo zu den wenigen Ländern im Tropischen Afrika, in denen fast 100 % der Kinder im Schulalter zur Schule gehen. In den Jahren der Unabhängigkeit hat sich die Anzahl der Schulkinder verdreifacht und erreicht nun ca. 350 000 bei einer Bevölkerung von 1,3 Millionen.

Entscheidend für diese Erfolge war die allgemeine unentgeltliche Schulpflicht, die der Staat eingeführt hat.

Sehr wichtig für die Erziehung der heranwachsenden Generation sind Maßnahmen der Regierung zur Schaffung eines neuen Bildungssystems. Dieses darf nichts mehr von den kolonialen Traditionen aufweisen, vielmehr die Erfordernisse und Ansprüche der sich entwickelnden Gesellschaft im Auge haben. Die Schüler haben jetzt die Möglichkeit, die Geschichte und Geographie Afrikas, seine Kultur, seine Legenden und Sagen kennenzulernen, die die afrikanische Literatur stark beeinflußt haben.

Freundschaftliche Hilfe

Zur Entwicklung von Wirtschaft und Kultur des jungen Staates trägt die allseitige sowjetisch-kongolesische Zusammenarbeit bei. Mit sowjetischer Hilfe entstanden das große Hotel Cosmos und das Entbindungsheim „Blanche Gomez" in Brazzaville, das erste tierärztliche Laboratorium in Kongo und das Aufbereitungskombinat in Mfouati. Ein gewichtiger Beitrag zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft soll die Erschließung einer von sowjetischen Geologen entdeckten bedeutenden Lagerstätte von Polymetallen werden. Mit sowjetischer Hilfe entstand in Sounda-Kakamoeka ein Betrieb des Goldbergbaus.

Die kongolesische Öffentlichkeit sieht in den sowjetisch-kongolesischen Beziehungen das Muster einer guten Zusammenarbeit, die auf aufrichtiger Freundschaft und brüderlicher gegenseitiger Hilfe fußt, und hebt besonders die Hilfe der UdSSR bei der Entwicklung des Unterrichtswesens und der Heranbildung qualifizierter nationaler Fachkräfte hervor. In Kongo gibt es heute wohl keine einzige größere Lehranstalt ohne sowjetische Lehrer; 700 kongolesische Jungen und Mädchen studieren gegenwärtig in der UdSSR.

Die Kongolesische Nachrichtenagentur stellt fest: „Das wachsende Interesse der Volksrepublik Kongo für das Ideengut W. I. Lenins, für die Erfahrungen der KPdSU und die Erfolge des ersten sozialistischen Staates der Welt sind kein Zufall. Unser Land kämpft heute entschieden für die wahre Unabhängigkeit. Wir wissen: Nur der Marxismus-Leninismus ermöglicht es, in diesem Kampf erfolgreich zu sein und einen modernen Staat aufzubauen..."

Die Kongolesische Partei der Arbeit hat sich in weniger als 8 Jahren ihres Bestehens zur Führungskraft des Landes entwickelt, die konsequent gegen die Ränke des internationalen Imperialismus und der inneren Reaktion kämpft. Ein großes Verdienst gehört dabei dem Präsidenten Marien Ngouabi, einem prominenten afrikanischen Politiker und leidenschaftlichen Kämpfer für die wahre Freiheit und Unabhängigkeit der Völker Afrikas, der am 18. März d. J. von der Hand eines gedungenen Mörders fiel.

Der Imperialismus will seine verlorenen Positionen in Afrika zurückerobern, deshalb versucht er, die patriotischen Kräfte des Kontinents, die für eine wirklich unabhängige Politik und fortschrittliche Entwicklung ihrer Staaten kämpfen, ohne Führung zu belassen, sie zu spalten und zu entwaffnen. Zu diesem Zweck stifteten die Imperialisten und ihre Agenten in Kongo zum Meuchelmord an Ngouabi an. Die Verschwörer, an deren Spitze laut Auslandspresse Massamba-Débat stand, wollten die Macht an sich reißen und das Land sozialpolitisch umorientieren. Ihnen ging es darum, die PCT und alle gesellschaftlichen Massenorganisationen zu liquidieren und das Land die sozialistische Orientierung aufgeben zu lassen. Aber diese verbrecherischen Vorhaben wurden durchkreuzt.

Den Feinden Afrikas ist es nicht gelungen, die fortschrittliche Entwicklung in Kongo aufzuhalten. Der neue Staatschef Yhombi-Opango erklärte, das Hauptziel des Staates bleibe der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Das Volk Kongos ist fest entschlossen, seinen Kampf für die Festigung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, für sozialen Fortschritt bis zum siegreichen Ende zu führen.

Dieser Kurs findet in der Sowjetunion Verständnis und Unterstützung. Wie in einem Telegramm Breshnews und Kossygins an den Vorsitzenden des Militärkomitees der PCT, Präsidenten und Vorsitzenden des Ministerrats der VR Kongo Joachim Yhombi-Opango sowie den Ministerpräsidenten Louis Sylvain Goma festgestellt wird, „bringen die sowjetischen Menschen den Bemühungen des befreundeten Volkes von Kongo um die Stärkung und Entwicklung der Errungenschaften der kongolesischen Revolution stets Sympathie entgegen. Sie verstehen und unterstützen ferner die entschiedenen und konsequenten internationalen Aktivitäten der VR Kongo im Kampf gegen den Imperialismus, für die volle und endgültige Befreiung Afrikas von den Überresten des Kolonialismus und Rassismus."

Brazzaville—Moskau

Ein sowjetischer Lehrer in der landwirtschaftlichen Fachschule „Amilcar Cabral"

Foto TASS

GEFÄHRLICHE PLÄNE DER RSA

Wie gemeldet wird, geht in der Republik Südafrika die Entwicklung von Kernwaffen ihrem Abschluß entgegen. Schon vor einem Jahr hatte RSA-Premierminister Vorster in einem Interview erklärt: „Wir können Uran anreichern. Und wir haben den Nonproliferationsvertrag nicht unterzeichnet."

Das war eine offene Anspielung darauf, daß die RSA eine eigene Atombombe entwickeln will. Die südafrikanischen Rassisten setzen seit langem alles daran, diese Massenvernichtungswaffe zu bekommen. Und dabei finden sie Unterstützung bei den Bossen des militärisch-industriellen Komplexes und bei reaktionären westlichen Politikern.

Gleich nach dem zweiten Weltkrieg, als die USA und ihre Alliierten Uran für militärische Zwecke brauchten, wurde in die RSA eine Gruppe amerikanischer und britischer Fachleute entsandt, um Uranvorkommen ausfindig zu machen. 1950 unterzeichneten die USA und Großbritannien mit der RSA-Atomenergiebehörde ein Abkommen über die Lieferung von Uranrohstoff. Der Westen begann aus Südafrika das erforderliche strategische Material zu erhalten, wobei er zugleich die Grundlage für die Atomindustrie der RSA legte. Ende der 50er Jahre entstand unweit von Pretoria das Atomforschungszentrum Pelindaba. Bald nahm dort der erste von den USA gelieferte Atomreaktor seine Arbeit auf. Aus den Vereinigten Staaten wird schon viele Jahre angereichertes Uran geliefert, das militärisch genutzt werden kann.

Die offene und getarnte Unterstützung westlicher Länder für die Rassisten, die sich nur zu gern eigene Kernwaffen zulegen möchten, hat große Gefahren heraufbeschworen. 1975 wurde in Pretoria ostentativ bekanntgegeben, daß in Pelindaba eine wirksame und billige Methode für die Isotopentrennung entwickelt wurde. Die Weltpresse wertete das als neuen großen Schritt des Rassistenregimes zur Schaffung eigener Kernwaffen. Doch nichtsdestoweniger geht die atomare Zusammenarbeit westlicher Länder mit Pretoria weiter. Die Bundesrepublik verkaufte Kompressoren für ein Urananreicherungswerk an die RSA, und französische Firmen unterzeichneten einen Lieferkontrakt für Reaktoren von zwei Atomkraftwerken. Doch ein normaler Kernreaktor gibt jedes Jahr Plutonium her, das für 25 Bomben von der Hiroshima-Stärke ausreichen würde.

So stellte die **International Herald Tribune** die Gefahr einer Weiterverbreitung von Kernwaffen dar

Auf der Jagd nach Rohstoffen und Profiten haben die imperialistischen Monopole zusammen mit den NATO-Generalen und -Politikern den Rassisten die reale Möglichkeit gegeben, Atomwaffen zu entwickeln. Diese Waffen in Händen der Apartheid-Fanatiker würden nicht nur die Sicherheit der afrikanischen Völker, sondern auch den Weltfrieden bedrohen.

W. BOIKOW

QUEEN-BESUCH IN NORDIRLAND

Horrorüberschriften und Schreckensmeldungen in den englischen Zeitungen jagten einander: „Volle Kampfbereitschaft" (**Daily Mirror**), „Ulster — das ist Krieg und Frieden", so beginnt der **Daily Express** seine Reportage. So lauten Pressekommentare zur Queen-Reise nach Nordirland.

Diesen Besuch möchten einige westliche Kommentatoren als reine „Jubiläumsgeste" anläßlich des 25. Jahrestages der Thronbesteigung darstellen. Doch das geschieht gerade zu einer Zeit, da die protestantischen Extremisten Nordirlands den Sieg über die Katholiken bei der Belagerung von Derry im 17. Jahrhundert feiern. Dieser Tage sind es sechs Jahre her, daß der Ausnahmezustand erklärt wurde. Häufiger als sonst explodieren jetzt Bomben, und die Zeitungen melden immer neue Opfer. Die Beziehungen zwischen Katholiken und Protestanten haben sich verschärft, und die dort stationierten englischen Truppen sollen weiterhin die Bürgerrechtsbewegung unterdrücken. Wie man in London auch bemüht ist, sie als „Ordnungshüter" auszugeben — daran glaubt schon lange niemand mehr. Sechs Jahre lebt Nordirland im Ausnahmezustand. Verhaftungen und „Internierungen" aller Unliebsamen ohne Gerichtsurteil sind erlaubt, Haussuchungen bei friedlichen Bürgern und Gewalttaten gegen die Bevölkerung sanktioniert. Der Europäische Gerichtshof in Strasbourg prangerte die Willkür der Okkupanten in Nordirland an, doch seitdem hat sich eigentlich nichts geändert.

In einer Erklärung der KP Irlands heißt es: „Der Besuch der Königin ist eine Herausforderung an die Arbeits- und Obdachlosen." Als Versuch, von den eigentlichen Problemen Nordirlands abzulenken, sehen die irischen Kommunisten diesen Besuch. „Die großangelegte Sicherheitsoperation", kommentierte der **Daily Telegraph**, „erlaubte es der Königin, die Wärme des Empfangs auf Schloß Hillsborough zu verspüren, doch nur 14 Meilen weiter, in Belfast, mußten die britischen Truppen gegen den Ansturm der Gegner des Besuches angehen."

Die Ereignisse in Nordirland haben ein weiteres Mal demonstriert, daß eine „Jubiläumsgeste" nicht den Frieden bringen kann. Die Lage in Nordirland bleibt explosiv.

V. GRIBATSCHOW

UND DER SCHUND?

Manchmal kann der Eindruck entstehen, bei gewissen westlichen Journalisten gäbe es so eine Art Wettbewerb, zu „entdecken", wo „Moskau noch seine Finger im Spiele hat" und wo die „Sowjets" auch der Sündenbock sind.

Man könnte denken, die Internationale Moskauer Buchmesse im September sei hierfür wenig geeignet. Doch diese Aufgabe bewältigte der Washingtoner Journalist George Will in der *International Herald Tribune*.

Nachdem er sich nebenbei darüber ausgelassen hatte (als etwas ganz Selbstverständliches), daß „das Sowjetregime ein geschworener Feind der Weltliteratur" sei, kritisierte er scharf die Bedingungen für eine Teilnahme an der Messe. Werden doch in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen der KSZE-Schlußakte Publikationen, die Krieg, Rassenhaß und nationale Überheblichkeit propagieren und mit den allgemein anerkannten moralischen Normen unvereinbar sind, ausgeschlossen. Und (schau an!) nur Verlagshäuser und Firmen, die die Devise „Das Buch im Dienste des Friedens und des Fortschritts" anerkennen, dürfen sich beteiligen. Ist denn das keine Gewalt, kein ideologischer eiserner Vorhang?

Den sowjetischen und ausländischen Besuchern wird also die Möglichkeit genommen, Neuerscheinungen der braunen Literatur, Hetz- und Schundschriften in Augenschein zu nehmen. Wo bleiben da die Menschenrechte?! Und soll man folglich an der Messe teilnehmen? „Die Argumente gegen eine Teilnahme sind überzeugender", erklärte Will. Doch Mr. Will und seinesgleichen werden keine Barriere gegen den Kulturaustausch errichten können. Nach vorläufigen Schätzungen kommen die Vertreter von etwa 1500 Firmen aus über 65 Ländern nach Moskau. Und zweifelsohne wird die bevorstehende I. Internationale Moskauer Buchmesse ihren Beitrag zur Entwicklung des Austausches geistiger Werte zwischen den Völkern leisten.

Doch die journalistischen Schreiberlinge werden offensichtlich bei ihren billigen Hetzartikeln bleiben. Und selbst damit haben sie ihre liebe Müh.

W. SHITOMIRSKI

Aus dem Gespräch zweier westlicher Korrespondenten: „Wenn wir nicht zumindest einen Arbeitslosen in der Sowjetunion finden können, dann verlieren wir selbst die Arbeit."

Aus „Daily World" (USA)

DIE NATO UND DER FRIEDEN

In einem Interview für die Frankfurter Allgemeine *erklärte der Oberbefehlshaber der Vereinigten NATO-Streitkräfte Europa-Mitte, General Franz-Joseph Schulze: „Die lange Periode des Friedens ... hat zu einer Lockerung der Bereitschaftsnormen, insbesondere bei den Landstreitkräften, geführt. Das macht uns verwundbar."*

Schulzes Vergangenheit erklärt derartige Äußerungen des Generals. Von 1937 bis zur Kapitulation Hitlerdeutschlands diente er in der Wehrmacht. Und das mit fanatischem Eifer, wofür er das Deutsche Kreuz in Gold erhielt und im Oktober 1944 das Ritterkreuz, einen seiner vielen faschistischen Orden, aus der Hand des Führers selbst entgegennahm.

Doch heute spricht er nicht als ehemaliger Wehrmachtsoffizier, sondern als ein hoher Militär eines Militärblocks, der sich als Verteidigungsgemeinschaft bezeichnet. Schulzes Befehl sind Hunderttausende Soldaten und Offiziere unterstellt, 2000 Kampfflugzeuge und viel anderes modernes Kriegsgerät von sieben NATO-Mitgliedsländern.

Übrigens steht der bundesdeutsche General mit seinen Äußerungen nicht allein. Seine Gedanken werden auch von anderen Verantwortlichen dieses Blocks geteilt. Natürlich stellt sich die Frage: Warum bringt die „Verteidigungsgemeinschaft" durch ihre Führung Unzufriedenheit mit der „langen Periode des Friedens" zum Ausdruck? Und was sollen dann die zahlreichen Beteuerungen dieser Organisation, ihr Auftrag sei die Erhaltung des Friedens?

B. SLAWIN

DIE RATTEN VERLASSEN...

Eigenhilfe bei der Rettung von Ertrinkenden — das tat ein gewisser Wickus de Kock, indem er seine Habseligkeiten einpackte und eines schönen Tages aus Rhodesien verschwand. Möglicherweise wäre seine Flucht unbemerkt geblieben, wenn er nicht bis vor kurzem Sicherheitsminister gewesen wäre. Von ihm stammt der Satz: „Kein Rhodesier, der diesen Namen verdient, wird vor ängstlichen Terroristen die Flucht ergreifen" (so nennen die Rassisten die Partisanen). Ob nun Wickus de Kock sich letzten Endes nicht für würdig hielt, ein „wahrer Rhodesier" zu sein, oder ob er verstanden hat, daß die Partisanen wirklich nicht so furchtsam sind — der Ex-Sicherheitsminister meinte, die eigene Sicherheit sei am wichtigsten. Und weg war er.

Jetzt, da er aus dem südafrikanischen Domizil beobachtet, wie das rassistische Staatsschiff mit seinen „würdigen Rhodesiern" sinkt, findet Wickus de Kock wohl Trost darin, daß nicht ihm allein der rettende Gedanke gekommen ist, sich aus Rhodesien abzusetzen. Wie das US-Nachrichtenmagazin **Newsweek** schrieb, verlassen jährlich 12 000 europäische Siedler Rhodesien — und es werden immer mehr.

V. SIDENKO

NACH GESETZ UND GEWISSEN

Juri FEOFANOW

Der Traum des Menschen von Gerechtigkeit, von einer Gesellschaft mit Gesetzen, die für alle gleich sind, ist ebenso alt wie seine Sorge um täglich Brot. Diesem Ziel zustrebend, hat die Menschheit einen langen und komplizierten Weg zurückgelegt, der sie über blutige Kriege, über Aufstände und Revolutionen führte. Wie viele erhabene Ideen, verlockende soziale Doktrinen und einfach utopische Träume entstanden in dieser Zeit! Aber die hochsinnigste Doktrin, das gerechteste Gesetz, die humanste Versprechung sind wenig wert, wenn davon kein Gebrauch gemacht werden kann. Der Sinn unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung, unserer revolutionären Errungenschaften und unserer Arbeitsleistungen besteht eben darin, daß gerechte und höchst humane Prinzipien erstmalig in der Geschichte nicht nur verkündet, sondern auch gewährleistet sind. Das ganze Volk ist in den Genuß einer gerechten Verteilung der materiellen Güter gekommen und hat vom Gesetz garantierte, durch die gesamte Staatsgewalt gesicherte demokratische Rechte erhalten.

* * *

Schon die Alten wußten und sagten: Selbst das vollkommenste Gesetz muß wirksam sein. Wenden wir uns also dem Hauptmechanismus des geltenden Gesetzes, unmittelbar dem Rechtsverfahren, zu. Anhand konkreter Beispiele wollen wir zeigen, wie die verkündeten Rechte des Bürgers der UdSSR in der Praxis gewährleistet werden.

Die Grundsätze des sowjetischen Gerichtswesens wurden bereits 1917, in einem der ersten Dekrete der Sowjetmacht, formuliert. Einzelheiten wurden abgeändert, das demokratische Wesen des Gerichtsverfahrens jedoch blieb: Alle Verfassungen enthielten die Hauptpostulate, auf denen die sowjetische Rechtsprechung beruht.

Im Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR sind diese Prinzipien beibehalten und wesentlich erweitert worden. So heißt es darin:

Die Rechtsprechung in der UdSSR erfolgt auf der Grundlage der Gleichheit aller Bürger vor Gesetz und Gericht (Art. 155).

Niemand kann eines Verbrechens schuldig erkannt und einer Kriminalstrafe zugeführt werden ohne ein gerichtliches Urteil und ohne Übereinstimmung mit dem Strafgesetz (Art. 159).

Man könnte mir entgegnen, gewiß, deklariert sei das, aber gegen bloße Deklarationen sei der Autor doch selber. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Nachstehend ein paar konkrete Beispiele.

Das Oberste Gericht der Ukrainischen SSR prüfte auf dem Aufsichtswege das Urteil in Sachen des Verurteilten Sch. Wegen ungesetzlicher Handlungen war er zu zwei Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Weder Sch. noch sein Anwalt oder seine Verwandten hatten Berufung eingelegt. Nichtsdestoweniger änderte das Oberste Gericht der Unionsrepublik das Strafurteil ab und ersetzte es durch eine Bewährungsfrist.

Der Grund für dieses Aufsichtsverfahren war, daß ein Volksbeisitzer seine abweichende Meinung zu Protokoll gegeben hatte. Sie gründete sich übrigens nicht auf streng juridischen Argumenten, das Urteil widersprach nicht dem Gesetz. Aber Sch. war Kriegsteilnehmer, hatte gute Beurteilungen aus seinem Betrieb, die Meinung seiner Kollegen und Nachbarn über ihn war günstig. So hielt der Volksbeisitzer die Freiheitsstrafe nicht für zweckmäßig und äußerte die Überzeugung, daß der Angeklagte seine Schuld erkannt habe und die begangenen Taten aufrichtig bereue. Im Beratungszimmer hatten ihm die beiden anderen Richter nicht beigepflichtet. Das Gebietsgericht erkannte das Urteil an, das Oberste Gericht der Ukraine dagegen erachtete die „rein menschlichen" Argumente des nicht berufsmäßigen Richters als begründet.

Ich habe die Anführungsstriche absichtlich gesetzt: Der Leser soll nicht glauben, der Volksbeisitzer habe eine dem Gesetz widersprechende Meinung geäußert und das Oberste Gericht diese Meinung unterstützt. Nein, in Art. 32 der „Grundlagen der Strafgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken" heißt es: „Bei der Strafbemessung berücksichtigt das Gericht, ausgehend vom sozialistischen Rechtsbewußtsein, den Charakter und Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit des begangenen Verbrechens, die Persönlichkeit des Schuldigen sowie die mildernden und erschwerenden Umstände." Die Persönlichkeit auch noch eines Schuldigen zu berücksichtigen, ist sowohl gesetzliches Recht des Richters als auch Forderung des Gesetzes. Von diesem Recht und dieser Forderung ließ sich unser Volksbeisitzer leiten. Zudem hat das Oberste Gericht der Ukraine Sch. nicht freigesprochen, ihm die Schuld nicht erlassen, vielmehr es gerechter befunden, das Strafmaß als bedingt zu betrachten. Dieser Entscheid gründet sich ebenfalls auf das Gesetz.

Heutzutage wird hohe Qualifikation in jedem Wirkungsbereich besonders geschätzt. Das betrifft auch die Richter. Aber ebenso hoch werden die reichen Lebenserfahrungen der Volksbeisitzer geschätzt. Sie sind eine Garantie der Gerechtigkeit.

Die sowjetische Rechtspflege, deren Grundlagen in der Verfassung enthalten sind, formt das Gerichtswesen und sichert seinen wirklich demokratischen Charakter. Die Realität des demokratischen, nach Gesetz und Gewissen gerechten Entscheides in jedem konkreten Fall wird weitgehend vom Institut der Volksbeisitzer mitbestimmt.

Verpflichtende Funktion

Nach sowjetischem Gesetz werden die Volksbeisitzer in Versammlungen der Werktätigen an der Arbeitsstelle oder am Wohnort in offener Abstimmung gewählt. Volksbeisitzer kann jeder Bürger werden, der das 25. Lebensjahr vollendet hat.

Der Demokratismus des sowjetischen Gerichts besteht darin, daß die Volksbeisitzer — Arbeiter, Bauern, Angestellte — „bei Ausübung ihrer Pflichten im Gericht", wie es in Art. 30 der „Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsverfassung der UdSSR, der Unions- und der autonomen Republiken" heißt, „alle richterlichen Rechte genießen". Auch hier wird das verkündete Prinzip durch strikte rechtliche Reglementierung der Stellung des Volksbeisitzers im Gericht, bei der Rechtsprechung gewährleistet.

Manchmal werden Vergleiche zwischen dem Volksbeisitzer des so-

wjetischen Gerichts und dem Geschworenen des bürgerlichen Gerichts angestellt. Hierbei werden sensationelle Fälle von Freisprüchen erwähnt. Ja, die Geschichte der Jurisprudenz kennt solche Fälle. Analysiert man jedoch das Wirken der Geschworenen, so bietet sich ein keineswegs idyllisches Bild.

Im Volksgericht des Rayons Puschkino (Gebiet Moskau) wird eine Zivilsache verhandelt. Unser Bild zeigt die Richterin T. Wolynkina (Mitte) und die Volksbeisitzer: N. Babina, Ärztin, und G. Wassiljew, Arbeiter einer Weberei.

Zunächst einmal werden im bürgerlichen Gericht relativ wenige Fälle unter Beteiligung von Geschworenen entschieden (in dem vom Standpunkt der bürgerlichen Justiz „klassischen" Großbritannien nur 2%). Im sowjetischen Gericht erster Instanz werden ausnahmslos alle Zivil- und Strafsachen von drei Richtern, darunter zwei nicht berufsmäßigen, verhandelt.

Die Geschworenen entscheiden in der Regel nur über die Schuld oder die Unschuld des Angeklagten, manchmal können sie den Richter ersuchen, dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen. Meist ist der Angeklagte schuldig. Aber in welchem Grade? Was ist er für ein Mensch, und was hat ihn zur Gesetzesübertretung veranlaßt? Welches Strafmaß im Rahmen des betreffenden Paragraphen verdient er? Das Höchst-, das Mindestmaß?

Die Geschworenen können jedoch über Tatsachen, die für das Schicksal des Angeklagten bestimmend sind, keine Klarheit gewinnen. Sie dürfen keine Fragen stellen.

Der Volksbeisitzer ist aktiver Teilnehmer der Verhandlung. Er darf Fragen an alle Parteien stellen und beliebige Umstände klären. Dies nicht nur, um „das Bild abzurunden". Im Beratungszimmer, wo über das Schicksal des Angeklagten bzw. über den Ausgang einer Zivilsache entschieden wird, hat der Volksbeisitzer absolut gleiche Rechte wie der Berufsrichter.

Ausgehend von ihrer Einschätzung aller Umstände des Falls, diskutieren die Volksbeisitzer aktiv die Frage des Strafmaßes und fällen das Urteil über die Strafe in einfacher Abstimmung, bei der keiner der drei Richter den Vorrang hat.

Das weiß ich aus eigener Erfahrung. Vor einigen Jahren wurde ich zum Volksbeisitzer des Gerichts des Moskauer Stadtbezirks Frunsenski gewählt. Der Gerichtsvorsitzende sagte uns eben gewählten Volksbeisitzern bei der ersten Instruktionsberatung mit Nachdruck:

„Sie sind vollberechtigte, unabhängige Richter. Maßgeblich für Sie ist nur das Gesetz und Ihr eigenes Rechtsbewußtsein, d. h. Ihre Einschätzung dessen, womit Sie zu tun haben werden. Hören Sie auf Ihr Gewissen. Äußern Sie ruhig Ihre Meinung. Sie sind nicht zu Assistenten des Richters, Sie sind zu Richtern gewählt worden. Sind Sie mit dem Vorsitzenden nicht einverstanden, bestehen Sie ruhig auf Ihrem Standpunkt."

Auch einen Fall aus meiner Praxis möchte ich erwähnen. Als Volksbeisitzer nahm ich an einem Zivilprozeß teil. Wir verhandelten über die Klage einer Bauorganisation gegen den Wohnungsmieter Schefner und seine Familie. Die Bauverwaltung hatte ein Haus für ihre Arbeiter und Angestellten gebaut, aber es warf Schatten auf eine Wohnung im Nachbarhaus. Laut Gutachten der Hygieneinspektion entsprachen die Wohnverhältnisse nicht mehr den Normen. Die Bauorganisation stellte der Familie Schefner eine ähnliche Zweizimmerwohnung zur Verfügung. Die Schefners weigerten sich jedoch, umzuziehen. Erstens bekamen sie Familienzuwachs; zweitens hatten sie Geld und Kraft in die Renovierung gesteckt, die Kompensation in Geld fanden sie unangemessen; und drittens schien ihnen die alte Wohnung komfortabler. Sie wollten nur in eine Dreizimmerwohnung einziehen.

Unseren Lesern im Ausland sei erläutert, wie das Recht auf Wohnung in der UdSSR gewährleistet wird. Art. 44 des neuen Verfassungsentwurfs besagt, daß es „durch Ausbau und Erhaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Wohnungsfonds, Förderung der genossenschaftlichen und individuellen Wohnbautätigkeit" geschieht. (Im laufenden Planjahrfünft sollen z.B. Häuser mit einer Gesamtfläche von 545—550 Mio m^2 gebaut werden, wobei der Staat den größten Teil der Bau- und sonstigen Kosten übernimmt.) Des weiteren heißt es im genannten Artikel, daß das Recht auf Wohnung gewährleistet wird durch „gerechten, unter öffentlicher Kontrolle stehenden Wohnungsnachweis nach Maßgabe der Ausführung des Wohnbauprogramms sowie durch die billigen Wohnungsmieten". Die Wohnung wird den Bürgern praktisch zu unbefristeter Nutzung überlassen. Niemand kann einem Menschen das Dach über dem Kopf wegnehmen, ein Umzug ist nur zwecks Verbesserung der Wohnverhältnisse bzw. in eine gleichwertige Wohnung möglich. Manchmal wird der Umzug z. B. durch die Rekonstruktion eines Wohngebiets, das Abtragen von Altbauten usw. bedingt. Hierbei entstehen bisweilen Streitfälle, die vor Gericht kommen, wie es damals bei uns geschah.

Genaugenommen, waren die Argumente der Familie Schefner eher emotionaler Art. Nach allen Regeln hätte der Klage der Bauverwaltung stattgegeben, d. h. die Familie ungeachtet ihrer „Launen" umgesiedelt werden sollen. Das sagte uns auch unsere Richterin. Aber wir Volksbeisitzer hatten Bedenken: „Rein menschlich" konnten wir es der Familie nachfühlen, und das

Volksgericht wies die Klage der Bauverwaltung ab. Bald erhielt die Familie eine Dreizimmerwohnung.

Staat und Bürger

Natürlich ist dieser Fall nicht so zu verstehen, als nähmen unsere Gerichte, namentlich die Volksbeisitzer, nur die Interessen der Bürger wahr, ohne sich um die Interessen der Gesellschaft, des Staates, des jeweiligen Betriebs zu kümmern. Ein solcher verkehrte Eindruck kann mitunter entstehen. Wiederholt hatte ich z. B. damit zu tun, daß Nichtstuer, Bummelanten, Trinker u. ä. wieder eingestellt wurden und den „unverschuldeten Arbeitsausfall" bezahlt bekamen. Der Grund für die Aufhebung des Entlassungsbefehls des Betriebsdirektors war nicht selten ein rein „formales" Moment, ein „unwesentlicher" Verstoß gegen den Buchstaben des Arbeitsgesetzbuches.

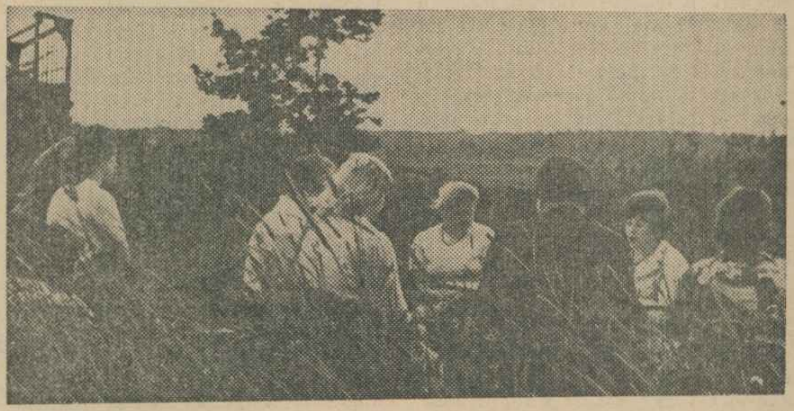
„Wie ist denn das möglich!" sagte der Direktor empört. „Sie nehmen einen Faulpelz in Schutz!"

Aber die Richter schützten das Gesetz, vor dem alle gleich sind, schützten die durch die Verfassung garantierten Menschenrechte. Niemand darf in der UdSSR die Rechte eines Menschen verletzen, nur weil dieser jemandem nicht paßt. Er kann ein noch so schlimmer Rechtsverletzer, ja ein Verbrecher sein, trotzdem muß mit ihm nur nach Gesetz verfahren werden. Das gibt jedem Menschen die Sicherheit und das Bewußtsein, daß in unserer Gesellschaft alle vor Gesetz gleich sind.

Das Leben bringt die Menschen mitunter in verwickelte Situationen. Man hat Konflikte mit der Betriebsleitung, man will etwas von den örtlichen Machtorganen, man schützt seine Arbeits- oder Wohnungsrechte, muß sich bestimmte Papiere ausstellen lassen usw. usf. Nicht immer geht alles wie am Schnürchen. Und so sieht sich der Mensch gezwungen, sich an ein Amt mit einer Beschwerde, einem Antrag, einer Kritik an anderen Ämtern oder an Amtspersonen zu wenden.

Der wichtigste Normativakt, der das Recht auf Beschwerdeführen verbrieft und das Beschwerdeverfahren regelt, ist der Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Prüfung von Vorschlägen, Eingaben und Beschwerden der Bürger". Das Beschwerderecht wird ausnahmslos allen Bürgern der UdSSR gewährt. Das Gesetz enthält keine Begründung für die Verweigerung der Annahme einer Beschwerde, wenn sie an das jeweils zuständige Organ gerichtet ist.

Dagegen enthält das Gesetz den direkten Hinweis, daß eine Amtsperson bzw. ein Amt nicht berechtigt ist, die Beschwerde zur Überprüfung an denjenigen weiterzuleiten, gegen den sie geführt wird. Der Bürger muß innerhalb genau festgesetzter Zeit eine Antwort auf seine Beschwerde erhalten. Der Erlaß sieht direkt vor, daß Amtspersonen, die sich Verzögerungen zuschulden kommen lassen, mit Disziplinarverfahren rechnen müssen, und betont: „Handlungen von Amtspersonen, die den staatlichen oder gesellschaftlichen Interessen bzw. den *Rechten und den vom Gesetz geschützten Interessen der Bürger*" (hervorgehoben von mir.—*J. F.*) „wesentlichen Schaden zugefügt haben, sowie die Verfolgung von Bürgern durch Amtspersonen wegen eingereichter Beschwerden oder Eingaben ziehen strafrechtliche Verantwort-



Schon das Wort Volksgericht hat einen tiefen Sinn. Das sowjetische Gericht wird vom Volk gewählt, dient dem Volk, bringt seine Interessen zum Ausdruck. Das erzählt die Fotoreportage A. Garanins über die Tätigkeit des Volksgerichts des Rayons Puschkino (Gebiet Moskau).

Unsere Bilder: Richter J. Chodkow legt Rechenschaft vor seinen Wählern, den Arbeitern und Angestellten der Fabrik für Metallerzeugnisse, ab.

Der stellvertretende Staatsanwalt des Rayons W. Smirnow, der Richter J. Chodkow und die Gerichtsvollzieherin I. Wolynkina bereiten Materialien zu einer Verhandlung über die Verschmutzung der Kljasma vor.

Richterin A. Jermilowa bei einer Aussprache mit den Bauern des Kolchos „Weg zum Kommunismus" über die sowjetische Rechtspflege.

lichkeit nach sich." Diese Sachlage wird auch im Verfassungsentwurf verankert.

Selbstverständlich schützt das Gesetz zugleich die unbescholtenen Menschen vor jeglichen Verleumdungen, sorgt in unserer Gesellschaft für ein Klima der Offenheit, Freiheit, des Wohlwollens und für die Sicherheit jedes Bürgers, daß seine menschliche Würde durch nichts verletzt wird. Ein solches Klima ist eine große Errungenschaft der sozialistischen Lebensweise.

Sozialistische Gesetzlichkeit

Das Werden der neuen Gesellschaft ist kompliziert. Heute, da wir den Verfassungsentwurf diskutieren und ein Fazit aus den 60 Jahren unseres Staates ziehen, können wir feststellen: Unserer Gesellschaftsordnung liegt die sozialistische Gesetzlichkeit zugrunde, deren Grundsätze Lenin ausgearbeitet hat.

Im Zusammenhang damit möchte ich an die Geschichte eines wichtigen Normativaktes erinnern, der die Rechte des Sowjetbürgers schützt und ihm die Gewißheit gibt, daß das für alle gleiche und bindende Gesetz für sein Leben, sein Wohlergehen und seine Ruhe sorgt. Die Rede ist von verleumderischen Denunziationen, von der Einstellung zu ihnen und von der Verantwortung für dieses schwere Verbrechen gegen die Persönlichkeit.

Im Oktober — Dezember 1918 diskutierte das ZK der Kommunistischen Partei Rußlands eine strengere Kontrolle der Partei und der Sowjetregierung über die Tätigkeit der Gesamtrussischen Außerordentlichen Kommission zum Kampf gegen die Konterrevolution und Sabotage (Tscheka) und die Festigung der revolutionären Gesetzlichkeit. Konkrete Maßnahmen in dieser Richtung sollte eine Sonderkommission des Verteidigungsrates der Arbeiter und Bauern unter dem Vorsitz Lenins ausarbeiten. Unter den Vorschlägen, die diese Kommission ausgearbeitet hatte und die später zu Direktiven für die Tscheka-Organe wurden, war auch der Vorschlag wegen falscher Anschuldigungen strenger, bis zum Tode durch Erschießen, zu bestrafen. Die Maßnahme war zweifellos äußerst rigoros, aber notwendig.

Die Zeit war hart, der weiße Terror der Bourgeoisie wütend, und so behaupteten einige Juristen jener Jahre, bei der Verurteilung wegen konterrevolutionärer Verbrechen brauchten Beweise für die Schuld eines Menschen, besonders nichtproletarischer Herkunft, nicht erbracht zu werden. Lenin kritisierte diesen Standpunkt. Er verlangte von den Mitarbeitern der Tscheka und der revolutionären Tribunale, jeden Fall aufs gründlichste zu untersuchen und jede Anschuldigung überzeugend zu beweisen. Kein einziger Mensch durfte schuldlos bestraft werden.

In Erfüllung von Lenins Weisungen über den größtmöglichen Schutz der Bürger vor unbegründeten Anschuldigungen und Rufmord bekämpfte die Tscheka entschieden Verleumder und Autoren anonymer Briefe. In einer ihrer Bekanntmachungen warnte die Kommission: „Jeder, der der Verbreitung von Verleumdungen und falschen Anschuldigungen überführt wird, muß entweder seine Worte beweisen, oder über ihn wird eine harte Strafe verhängt." In einem kurzen Brief an den Geschäftsführer der Tscheka vom 13. November 1920 schlug Felix Dzierzynski vor, ein Rundschreiben über genaue Prüfung aller Eingaben und strenge Bestrafung von Verleumdern abzufassen.

Etwas später wurde das Volkskommissariat für Justiz beauftragt, den Entwurf eines Dekrets über Verantwortlichkeit für falsche Anschuldigungen vorzubereiten. Im November 1921 lag der Entwurf dem Rat der Volkskommissare vor. Nach Einsichtnahme in dieses Dokument schlug Lenin vor, die Formulierung des Strafmaßes „Freiheitsentzug für eine Zeit bis zu..." durch eine andere zu ersetzen: „Freiheitsentzug für eine Zeit von mindestens ... Jahren". Der Rat billigte diesen Vorschlag, der in Kraft blieb, bis 1922 das Strafgesetzbuch der RSFSR angenommen wurde, das einen entsprechenden Paragraphen enthielt. Die Strafbarkeit für dieses Delikt war auch in allen späteren Gesetzbüchern vorgesehen.

Vielleicht werden einige unserer Leser im Ausland auch heute, unter Hinweis auf gewisse Begebenheiten aus der Vergangenheit, die mit der Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit zusammenhingen, mißtrauisch gegen unser Land, gegen die Hauptprinzipien der sozialistischen Demokratie gestimmt. Nun, diese Begebenheiten hat es gegeben, und wir haben sie nicht vergessen. Doch schafft das keinesfalls die positiven Erfahrungen der sowjetischen Justiz in der Zeit seit der Oktoberrevolution aus der Welt, vor allem deshalb nicht, weil das Verstöße waren, die unserer Ordnung wesensfremd sind, und weil ihre Wiederholung ausgeschlossen ist. Die Frage der Nichtzulassung erneuter Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit ist für unsere Partei und unsere Regierung sowohl historisch als auch politisch längst gelöst.

Auf dem ZK-Plenum der KPdSU im Mai d. J. sagte Leonid Breshnew: „Wir wissen, Genossen, daß einige Jahre nach der Annahme der heute gültigen Verfassung durch gesetzwidrige Repressalien, Verstöße gegen die Prinzipien der sozialistischen Demokratie, die Leninschen Normen des Parteilebens und des staatlichen Lebens getrübt waren. Dies geschah entgegen den verfassungsmäßigen Bestimmungen. Die Partei hat solche Praktiken entschieden verurteilt, sie dürfen nie wieder vorkommen."

Der Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR ist ein erneuter überzeugender, beinahe greifbarer Beweis für diese Entschlossenheit, ja auch die Bestätigung dafür, daß die sozialistische Gesetzlichkeit, das Reale der vom Gesetz garantierten Rechte und Freiheiten des Menschen eine Konstante der sowjetischen Lebensweise ist. Im Entwurf heißt es:

Den Bürgern der UdSSR ist die Unantastbarkeit der Person garantiert. Niemand kann ohne Gerichtsbeschluß oder Genehmigung des Staatsanwalts verhaftet werden. (Art. 54.)

Die Achtung der Persönlichkeit, der Schutz der Rechte und Freiheiten des Sowjetbürgers sind Pflicht aller Staatsorgane, gesellschaftlichen Organisationen und Amtspersonen.

Die Bürger der UdSSR haben das Recht auf gerichtlichen Schutz vor Anschlägen auf Leben und Gesundheit, Vermögen und persönliche Freiheit, auf Ehre und Würde. (Art. 57.)

* * *

Nein, nicht leicht hat die Menschheit zu Formen der gesellschaftlichen Beziehungen gefunden, in denen sich die Rechte und Freiheiten des einzelnen und die Interessen der Gesellschaft die Waage halten und es keine Entrechteten und Erniedrigten gibt. Lange und beharrlich kämpfte die Menschheit um ihre Rechte, bevor ihre Bestrebungen und Hoffnungen im wissenschaftlichen Marxismus ihren Ausdruck fanden und diese Theorie nach dem Sieg der Oktoberrevolution im ersten sozialistischen Staat der Welt Realität geworden ist.

Panama und die USA haben ihre Verhandlungen über den Status des Kanals abgeschlossen. Sie waren schwierig und haben 13 Jahre gedauert. Beide Seiten mußten Zugeständnisse machen. So sollen der Kanal und die Kanalzone im Jahre 2000 unter die Kontrolle Panamas übergehen und soll die Zahl der nordamerikanischen Militärstützpunkte verringert werden. Allerdings sollen sie während der ganzen Vertragsdauer bestehenbleiben. Die USA mußten schließlich Panamas Hoheitsrecht auf den Kanal anerkennen. Das haben das panamaische Volk und die mit ihm solidarische Weltöffentlichkeit erwirkt. Die Regierung Carter hat den Einfluß berücksichtigt, den das Problem des Panamakanals auf die ohnehin sehr komplizierten Beziehungen der USA zu den Ländern Lateinamerikas überhaupt ausübt. Über die jetzigen Beziehungen zwischen den USA und den Ländern Lateinamerikas soll hier berichtet werden.

ILLUSION UND REALITÄT

Pjotr NIKOLAJEW

Wenn in den USA der Präsident und die Regierung wechseln, so hat das in den Ländern Lateinamerikas gewöhnlich starken Widerhall. Carters Einzug ins Weiße Haus bildete keine Ausnahme, im Gegenteil, er erregte dort ganz besonderes Aufsehen, nicht etwa wegen Carters Senkrechtstart vom Gouverneur eines zweitrangigen Bundesstaates zum Präsidenten, sondern wegen der Art, wie sich das Verhältnis zwischen dem Norden und dem Süden des amerikanischen Kontinents bei der jetzigen Lage in Lateinamerika selbst gestaltet.

Als die nächsten Nachbarn der USA spielen die Länder Lateinamerikas in deren Politik eine beachtliche Rolle. Schon lange nimmt das US-Kapital eine Vormachtstellung in ihrer Wirtschaft ein, und diese ist von seinen Märkten, Industrieausrüstungen und Know-how abhängig. Mit panamerikanischen Parolen haben die USA diese Länder ins Garn militärischer und politischer Verträge und Abkommen verstrickt, die den weltpolitischen Ambitionen Washingtons entsprechen. Die meisten von ihnen befinden sich in einer tiefen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Krise. Diese ist durch die Versuche der USA und der anderen entwickelten kapitalistischen Länder, die eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Entwicklungsländer abzuwälzen, viel akuter geworden. Die herrschenden Kreise der Staaten Lateinamerikas bemühen sich, die Wirtschaft zu stabilisieren und die schlimmsten Auswüchse der ungleichen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu ihrem Hauptpartner, den USA, zu überwinden. Sie hoffen, die US-Monopole werden ihren Würgegriff etwas lockern.

Manche Äußerungen Carters in seinem Wahlkampf gaben in Lateinamerika Anlaß zu derartigen Illusionen. Eine gewisse Rolle spielte dabei auch die Rückkehr der Demokraten zur Macht, auf die langfristige außenpolitische Akte der USA in Lateinamerika zurückgingen, solche wie die von Roosevelt verkündete Politik „guter Nachbarschaft" oder John Kennedys „Allianz für den Fortschritt". Beides konnte die Gegensätze zwischen den USA und Lateinamerika zwar nicht aufheben, wurde aber zeitweilig von gewissen Kreisen als ein Versuch Washingtons angesehen, den Bedürfnissen seiner Nachbarn im Süden Verständnis entgegenzubringen. Die Politik der Republikaner dagegen wurde meistens mit dem „großen Knüppel" identifiziert und als völlige Mißachtung für die Interessen Lateinamerikas aufgefaßt.

Inwiefern sind die Hoffnungen Lateinamerikas auf die Politik der neuen US-Regierung gerechtfertigt?

Was die südlichen Nachbarn wollen

Der Interessenzwiespalt zwischen den Ländern Lateinamerikas und den USA ist permanent. Der Schwerpunkt waren immer wirtschaftliche Probleme. Sie sind es auch jetzt. Auf der 7. Tagung der Sonderkommission für Konsultationen und Verhandlungen, einer ständigen Körperschaft der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS), im Mai d. J. in Buenos Aires wurde konstatiert, daß infolge der einschränkenden Maßnahmen der USA und anderer Industriestaaten der Anteil Lateinamerikas am Weltexport zwischen 1950 und 1975 von 10,9 auf 4,4% zusammengeschrumpft sei. Besonders scharf kritisiert wurde die Schutzzollpolitik der USA, namentlich ihre diskriminierenden Maßnahmen gegen Ekuador und Venezuela als Vergeltung für deren Beitritt zur OPEC (Organisation der Erdölexportländer). Die Tagung nahm eine Entschließung über Schutzmaßnahmen für die Wirtschaft Lateinamerikas im Handel mit den USA an, in der es heißt, daß „die USA jedesmal, wenn sie einschränkende Maßnahmen zum Schutz ihrer Industrie treffen, die Entwicklungsländer ausnehmen müßten, um den Export der lateinamerikanischen Staaten zu garantieren".

Mit Recht sind die Lateinamerikaner über das skrupellose Schalten

und Walten der multinationalen Konzerne in ihren Ländern besorgt. Wie das Beispiel Chiles besonders kraß gezeigt hat, mischen sie sich unverblümt in die inneren Angelegenheiten lateinamerikanischer Staaten ein, stiften Verschwörungen gegen unliebsame Regierungen an und desorganisieren gemeinsam mit der inländischen Reaktion die Wirtschaft der Länder mit fortschrittlichem, demokratischem Regime. Anfang Mai d. J. tagten in New York Vertreter der lateinamerikanischen UNO-Mitglieder im Rahmen des SELA (Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems), das vorher unter Teilnahme des sozialistischen Kubas,

jedoch ohne die USA gegründet worden war. Sie formulierten Grundsätze für das Verhältnis zu den Multis. Auch forderten sie, daß diese die nationale Souveränität der Länder Lateinamerikas respektieren, daß sie sich in keiner Weise in ihre inneren Angelegenheiten einmischen, daß sie den Landesgesetzen unterstehen, auch hinsichtlich der Kontrolle über ausländische Investitionen, der Warenpreise, des Umweltschutzes usw. Diese Forderungen betreffen vornehmlich die US-Monopole.

Seit Jahren schon sind Fragen an der Tagesordnung, die die Tätigkeit der OAS und eine Abänderung ihres Statuts betreffen. Die patriotischen Kreise Lateinamerikas treten immer entschiedener gegen die Vormachtstellung der USA in dieser Organisation auf. Immer energischer wirken sie den Versuchen Washingtons entgegen, ihre Länder im Bannkreis seiner globalen strategischen Interessen festzuhalten.

Alle diese Probleme haben die Länder Lateinamerikas auch bei den früheren Regierungen der USA zur Sprache gebracht, haben aber nichts erreicht.

Auch die jetzige bietet ihren „Partnern" nichts Greifbares und

Zeichnung von W. Tschakiridis

begnügt sich mit Propagandagesten, die nur auf den äußerlichen Effekt berechnet sind.

Eine „Familienzwist"

Schon als Carter das erste Mal öffentlich (im April d. J. im OAS-Rat) über die Beziehungen zu Lateinamerika sprach, waren sein Hauptthema die „Menschenrechte".

Sie werden in einigen Ländern Lateinamerikas tatsächlich skrupellos verletzt, am schlimmsten in Chile. Auch in Brasilien, Uruguay, Paraguay und Ländern Mittelamerikas sind viele Demokraten schonungslosen Repressalien ausgesetzt. Bekanntlich sind aber alle lateinamerikanischen Regimes, die die Menschenrechte mit Füßen treten, mit direktem Beistand oder mit dem Segen der USA zur Macht gelangt. Ohne direkte Hilfe Washingtons könnten sie gar nicht existieren.

Man hätte meinen sollen, den anklagenden Worten würden strenge Maßnahmen gegen die Diktatoren folgen. Manchen Ländern, z. B. Brasilien, Paraguay und Salvador, wurde sogar die militärische Hilfe etwas gekürzt, wonach sie ganz auf diese verzichteten. Wir dürfen uns aber durch den Familienzwist nicht täuschen lassen. Die Hilfe läuft weiter, bloß in Form von Millionensubsidien internationaler Finanzkörperschaften, die vom US-Kapital kontrolliert werden. Für dieses Geld können die Diktatoren so viel Waffen ankaufen, wie sie nur wollen.

Deshalb ist die lateinamerikanische Öffentlichkeit der Ansicht, daß durch die Schritte des Weißen Hauses „zum Schutz der Menschenrechte" die Militärdiktaturen nicht im geringsten erschüttert werden. Jedenfalls hat OAS-Generalsekretär Orfila, der in Lateinamerika öfter als Abgesandter Washingtons auftritt, wie die *New York Times* schreibt, den Chefs der lateinamerikanischen Militärdiktaturen versichert, daß Carters Politik ihre Regimes nicht gefährdet, und gebeten, „konstruktiv" auf sie zu reagieren. In diesem Sinne äußerte sich auch die Präsidentengattin unlängst bei einer Reise durch Lateinamerika. Auf einer Pressekonferenz in Brasilien betonte sie, Präsident Carter werde Ländern gegenüber, die die Menschenrechte verletzen, möglichst positive Maßnahmen und nicht Zwangsmaßnahmen ergreifen. Das war ja wohl ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Worte und Taten

In seiner erwähnten Ansprache ging Carter außer auf die „Menschenrechte" auch auf einige Wirtschaftsfragen ein: eine Stabilisierung der Rohstoffpreise, Handelsbeschränkungen, Kredite, Privatinvestitionen, Rüstungsabbau u. a. m. Auch akute Fragen wie die des Panamakanals und die Beziehungen zu Kuba überging er nicht.

Wortreich ließ sich der Präsident vor den Vertretern Lateinamerikas über eine Bereitschaft der USA aus, „die Bereinigung der wichtigsten Probleme zu forcieren", wider Erwarten machte er aber keine konkreten Anregungen. Auch sagte er, die spruchreifen Fragen müßten bilateral erörtert werden, womit er eindeutig zu verstehen gab, daß er gegen die lateinamerikanische Einheit ist. Kein Wunder, daß seine Ansprache, wie *El Siglo* (Kolumbien) schreibt, „nichts als Enttäuschung zur Folge hatte".

Über die ersten Schritte der Regierung Carter schrieb die US-Presse, die neue Regierung habe „in Fragen des Handels nicht mehr Liberalismus als die vorige, republikanische Regierung gezeigt".

Auch mit der Erledigung anderer für Lateinamerika wichtiger Probleme beeilen sich die USA nicht. So erhalten sie die Handelssperre gegen das sozialistische Kuba noch immer aufrecht.

Bildet man sich ein Urteil über die offizielle Politik der USA, so darf man auch die geheimen Handhaben des Militär- und Industriekomplexes nicht vergessen: die CIA, die geheimen Dienststellen des Pentagons und die anderen Ämter, die gegen die Befreiungskräfte Lateinamerikas bekanntlich einen regelrechten Geheimkrieg führen. Wie in der übrigen Welt, so fragt man sich auch dort, ob das kriminelle Treiben dieser Institutionen nun endlich unterbunden werden wird. Das erscheint zweifelhaft nach dem Ausspruch des Präsidenten, er habe an der Tätigkeit der CIA nichts auszusetzen.

Die ersten Schritte der neuen US-Regierung zeugen davon, daß sich an ihrer Lateinamerikapolitik trotz ihrer besonderen Formen grundsätzlich nichts geändert hat und daß sie nach wie vor darauf abzielt, die Positionen des amerikanischen Monopolkapitals auf diesem Subkontinent zu halten und zu verstärken. Die Illusionen schwinden, und es bestätigt sich, daß nicht Washington, sondern nur die lateinamerikanischen Völker selbst die Probleme ihres Subkontinents in ihrem eigenen Interesse lösen können.

SPANIEN

HEISSER HERBST IN SICHT

Anatoli MEDWEDENKO

Nach den wetterwendischen ersten Sommermonaten, dem Wechsel sengender Hitze und regnerischer Kälte, ist in Madrid endlich richtiger Sommer. Gleich nahmen über zwei Millionen Madrider Urlaub, Straßen, Plätze und Parks leerten sich merklich, Gaststätten, Lichtspielhäuser und ganze Betriebe schlossen. Auf der Plaza de Moncloa, wo sich der Amtssitz des Regierungschefs befindet, herrscht jedoch nach wie vor reges Leben und Treiben. Vielleicht ist es in den letzten Tagen sogar noch hektischer geworden. Kein Tag vergeht, ohne daß Adolfo Suárez nicht das Kabinett vollzählig einberiefe oder sich mit einzelnen Kabinettsmitgliedern sowie Führern von Parteien und Gewerkschaften und schließlich mit Vertretern der Parlamentsfraktionen träfe. Diskutiert wird nur über ein Thema: über die Wirtschaftskrise und wie ihr abgeholfen werden könnte.

Über die Wirtschaftslage Spaniens äußerte die Zeitschrift *Cambio-16:* „Die Wirtschaft des Landes macht eine Krise durch."

Zur Zeit sind rund eine Million Landesbewohner oder 8,6% der Arbeitsfähigen stellungslos, ja sie haben bei der unaufhaltsam zunehmenden Arbeitslosigkeit jede Hoffnung auf Beschäftigung verloren.

Ganz besondere Besorgnis erregt die Lage in Gebieten wie Andalusien, Estremadura und den Kanarischen Inseln, wo die Arbeitslosigkeit an 17 bzw. 18% heranreicht. Die kommunistischen Abgeordneten haben im Parlament wiederholt Sofortmaßnahmen beantragt, damit der dortigen Arbeitslosigkeit zumindest halbwegs abgeholfen werden kann. Einen Sonderbericht darüber legten Vertreter von Arbeiterkommissionen bei einer kürzlichen Zusammenkunft mit dem Regierungschef diesem vor. Die Arbeitslosigkeit wirkt sich negativ auf die politische Stabilität im Land aus.

Nicht weniger Kopfzerbrechen bereiten den spanischen Wirtschaftsexperten die unaufhörlich anwachsende Inflation und die damit zusammenhängende Teuerung. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stieg sie um 13%. Da sie immer schneller anwächst, meinen die Experten, die Inflation könne bis zum Jahresende 30 oder gar 32% erreichen. Man muß im Auge haben, daß das Steigen der Löhne, das sich die Arbeiterklasse schwer erkämpfen muß, andauernd hinter dem Steigen der Lebenshaltungskosten zurückbleibt. Die Spanne wird mit jedem Jahr größer. *Cambio-16* schreibt, daß 220 000 Arbeiter und Angestellte monatlich unter 10 000 Peseten verdienen, also weniger als den mit 12 000 Peseten festgesetzten Mindestlohn. Bei rund 5 Millionen Spaniern schwankt das Monatseinkommen bei einem Existenzminimum von 32 000 Peseten zwischen 20 000 und 30 000.

Die Devisenbestände schrumpfen unaufhaltsam, im Mai z. B. um 307,6 Mio Dollar und in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um 694 Mio Dollar. Anderseits schwellen die Auslandsschulden an, sie betragen zur Zeit 12,5 Md. Dollar, und man erwartet, daß sie bis zum Jahresende auf 14 Md. steigen werden. Der Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz — jetzt 560 Md. Peseten — wird immer größer.

Die Wirtschaftskrise hat mehrere Ursachen. Wie der stellvertretende Regierungschef für Wirtschaftsfragen, Enrique Fuentes Quintana, zugibt, erklärt sie sich mit der unzulänglichen Struktur der Wirtschaft, bei der auf 10% der Bevölkerung mehr als die Hälfte und auf 60% nur ein Viertel des Nationaleinkommens entfällt. Auch subjektive Ursachen sind vorhanden: Viele große Gesellschaften und Monopole zögern — durch die demokratischen Umgestaltungen seit Francos Tod unsicher geworden —, Geld in den Schlüsselindustrien Chemie, Metallverarbeitung, Nahrungsmittelindustrie und Bauwesen zu investieren. Infolgedessen nahm die industrielle Produktion voriges Jahr, statt wie geplant um 4, nur um 2,1% zu, was wiederum zur Drosselung der Produktion verschiedener Betriebe und als Folge hiervon zu einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit geführt hat. Aus demselben Grunde war während des ganzen Vorjahres und in den ersten Monaten dieses Jahres eine starke Kapitalausfuhr größtenteils nach schweizerischen Banken zu beobachten. Der US-Presse zufolge wurden zwischen Dezember 1975 und März 1977 230 Md. Peseten ins Ausland überwiesen.

Nicht minder ernst ist der Umstand, daß die Regierung in den letzten Jahren, auf die politischen Umgestaltungen konzentriert, die Wirtschaftsprobleme fast ganz außer acht ließ. *Cambio-16* schrieb: „Es ist doch ganz logisch, daß nach 40 Jahren des Schweigens, der Rechtlosigkeit, des Ausschlusses von Wahlen, des Verbots, Parteien und Gewerkschaften zu gründen, das ganze Land einschließlich der Regierung von der Politik und den Wahlvorbereitungen wie hypnotisiert ist. Trotzdem ist die Vernachlässigung der Wirtschaft, deren Zeugen wir sind, schwer erklärlich. Die Wahlen sind in der Tat ein großes Fest, dem alle voll Ungeduld entgegensehen. Man darf aber nicht vergessen, daß sie wie jedes Fest vorübergehen und dem Alltag Platz machen, und dann werden wir die Folgen dieser Mißachtung der Wirtschaft zu spüren bekommen."

Der Alltag ist angebrochen, und die Regierung, die sich zu spät besonnen hat, sucht das Versäumte nachzuholen. Jetzt gilt ihre Aufmerksamkeit der Wirtschaft allein.

Deshalb debattierte die neue Regierung in ihrer ersten Sitzung über die Wirtschaftslage. Im amtlichen Kommuniqué darüber heißt es, die Regierung fühle sich verpflichtet zuzugeben, daß der Stand der Wirtschaft in der Tat Besorgnis erregt, vor allem wegen der Inflation und der Auslandsschulden. Fuentes Quintana sagte: „Selbst wenn wir die Inflation stoppen und die Zahlungsbilanz ausgleichen könnten, werden wir nicht imstande sein, die Probleme der Handelsbilanz, der Arbeitslosigkeit und einer Umverteilung des Nationaleinkommens zu lösen."

Hiervon ausgehend, hat die Regierung ein Wirtschaftsprogramm in erster Linie zur Sanierung des

Finanzwesens aufgestellt. Es sieht u. a. eine Abwertung der Landeswährung vor, einen Lohnstopp, eine Steuerreform und die Annahme von Gesetzen, laut denen Steuerhinterziehung, Spekulation mit Devisen und ihre Ausfuhr sowie Verstöße gegen die finanziellen Vorschriften strafbar sein sollen.

Der einzige bisher erfüllte Punkt aus dem Programm ist die Abwertung der Pesete — um 20% — und eine Gesetzesvorlage über eine Finanz- und Steuerreform, die dem Parlament unterbreitet worden ist. Die Abwertung begründete Finanzminister Francisco Fernández Ordóñez damit, daß erstens die Landeswährung mit den Währungen anderer Länder in Einklang gebracht, daß zweitens der devisenbringende Fremdenverkehr gefördert und daß drittens die herkömmlichen spanischen Exportartikel auf den Außenmärkten konkurrenzfähiger gemacht werden müßten.

Es ist schwer zu sagen, ob die Regierung imstande sein wird, mit Hilfe der Abwertung alles Erwartete zu erreichen und zugleich die Inflation etwas „einzudämmen". Vorläufig hat diese Maßnahme sichtlich zu größeren Ausgaben für den Import und zu einer Verteuerung mancher Waren geführt. So muß Spanien nach Schätzungen von Wirtschaftsexperten dieses Jahr allein für Erdöl um 35 Md. Peseten mehr als im vorigen Jahr verausgaben. Dadurch sind wiederum die Preise für Strom, Gas, Benzin und Ölprodukte um durchschnittlich 25 und die Eisenbahn- und Flugtarife um 15% höher geworden. Um 20% verteuert haben sich Kaffee und Sojaöl, und man erwartet ein Steigen der Zucker- und Brotpreise sowie der Fahrpreise im Stadtverkehr.

In Regierungserklärungen sowie in Äußerungen Fuentes Quintanas und Fernández Ordóñez' ist besonders hervorgehoben, daß das Wirtschaftsprogramm nur bei Bemühungen des ganzen Landes und unter den Bedingungen ausgeführt werden könne, daß sich alle Bevölkerungsschichten dafür verantwortlich fühlen und der Regierung die nötige Hilfe erweisen würden. Es ist bezeichnend, daß Suárez gleich nach der Kabinettssitzung mit den Führern der größten oppositionellen politischen Organisationen zusammentraf, die im Parlament vertreten sind: der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei Spaniens und der Volksallianz, um sie zu überzeugen, daß sie die Regierung in ihren Absichten unterstützen müßten. Aus Erklärungen nach der Zusammenkunft mit Suárez geht hervor, daß diese Parteien mit einigen Vorbehalten eingewilligt haben, im Parlament für die vorgeschlagenen Gesetzesvorlagen zu stimmen. Man muß aber bedenken, daß die Bereinigung der Wirtschaftsprobleme, wie die Zeitung *Ya* schreibt, völlig von den Unternehmern, den Bankiers und der Arbeiterklasse abhängt. Das Blatt hebt hervor: „Auf diesen drei Säulen ruht die wirtschaftliche Zukunft

Einer der fast einen Million Spanier, die nur von Gelegenheitsarbeit leben

Aus „Cuadernos para el Dialogo" (Spanien)

---

des Landes, von ihnen hängt es ab, wie weit das von Adolfo Suárez und seinen Ministern Geplante ausführbar ist."

Die demokratischen Gewerkschaften — die Arbeiterkommissionen, die Allgemeine Arbeiterunion, der Arbeiter- und Gewerkschaftsbund u. a. — sind gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung aufgetreten, weil es die Wirtschaft auf Kosten der Werktätigen stabilisieren solle. Besonders aufgebracht sind die Gewerkschaften über den von der Regierung beabsichtigten Lohnstopp und die Tatsache, daß im Programm keine Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vorgesehen sind. Um die Gewerkschaften zu beschwichtigen und für sich zu gewinnen, ist Arbeitsminister Manuel Jiménez de Parga mehrmals mit ihren Führern zusammengetroffen. Er hat versucht, sie davon zu überzeugen, daß die Regierung keinen Lohnstopp vorhabe. Es handle sich nur um eine Begrenzung der Lohn- und Gehaltserhöhungen bei 13—17%, was 50 000 Peseten jährlich bei jedem Arbeiter ausmachen würde. Die Erklärung hat die Gewerkschaften aber nicht befriedigt. Sie haben erklärt, wenn die Inflation fast 30% erreiche, dann sei eine nur 13—17prozentige erlaubte Lohnerhöhung nichts anderes als ein Lohnstopp. Gegen die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wandten die Gewerkschaften ein, das seien nur Teilmaßnahmen, die nicht allen Arbeitslosen Beschäftigung bringen könnten.

Schließlich mußte der Regierungschef — erstmalig seit 40 Jahren — mit den Führern der demokratischen Gewerkschaften zusammenkommen, um die Sachlage zu besprechen. Suárez war außerstande, etwas Konkretes vorzuschlagen. Das einzige Ergebnis der Aussprache war die Vereinbarung, eine gemischte Kommission aus Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften zu bilden, die ergänzende Wirtschaftsmaßnahmen für das Programm erörtern soll.

Auch die Financiers sind gegen das Wirtschaftsprogramm aufgetreten, vor allem gegen die von der Regierung beabsichtigte Steuerreform. Dieses Verhalten hat zu einem Aktiensturz an den Börsen von Madrid, Barcelona und Bilbao geführt. Erstmalig seit 10 Jahren sind die Kurse mit einemmal um 20 Punkte gesunken. Der Unmut der Hochfinanz äußerte sich in einem Artikel im *Wall Street Journal*, das eindeutig durchblicken ließ, daß die spanischen Bankiers und Finanzleute kaum auf die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen eingehen werden. Ebenso skeptisch waren auch einige Regierungsvertreter. Sie haben keine besondere Hoffnung darauf, die Steuerzahlungen durchsetzen zu können.

Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung die Landesbevölkerung von der Notwendigkeit ihrer vorgeschlagenen Maßnahmen zu überzeugen imstande sein wird und ob sie auf deren Unterstützung rechnen kann. Damit steht und fällt nicht nur das Wirtschaftsprogramm, sondern davon hängt auch die Zukunft der Regierung ab.

Madrid, im August

AFRIKA

WAS DER IMPERIALISMUS MIT NAMIBIA VORHAT

Sergej PETUCHOW

In etwa 100 Resolutionen hat die UNO verlangt, daß der widerrechtlichen Besetzung Namibias durch Südafrika ein Ende gemacht wird. Aber alle sind auf dem Papier geblieben, auch die neueste, die der Sicherheitsrat Anfang 1976 unter Nr. 385 faßte.

Das größte Hindernis für die Erfüllung der Beschlüsse dieser maßgeblichen Weltorganisation war die Obstruktion der Westmächte, denen die jetzige Sachlage in Namibia durchaus paßte.

Seit einigen Monaten aber sind diejenigen, die für Namibias Probleme taube Ohren hatten, wie ausgewechselt. Die westliche Diplomatie hat wegen dieses südwestafrikanischen Landes eine unglaubliche Betriebsamkeit entwickelt. Im vergangenen April verhandelten Vertreter der USA, Englands, der BRD, Kanadas und Frankreichs in Kapstadt mit Vorster, dem Führer des rassistischen Regimes der RSA. Dieser ersten Verhandlungsrunde folgte im Juni eine zweite. Gesprächsthema war Namibia auch bei den Wiener Verhandlungen des US-Vizepräsidenten Mondale mit Vorster und beim kürzlichen Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha in den USA. Die Regsamkeit des Westens zeugt unverkennbar von Besorgnis.

Deren Ursachen sind kein Geheimnis. Sie rührt von dem wesentlich veränderten Kräfteverhältnis in diesem Gebiet Afrikas her, einer Folge der neuen Siege im dortigen Befreiungskampf, besonders nach der Aufhebung der faschistischen Kolonialregimes in Angola und Moçambique und dem Scheitern der Intervention des südafrikanischen Militärklüngels in Volksangola. Die Stellung von Vorsters Regime ist geschwächt, seine Kontrolle über Namibia erschwert, wo die Freiheitsbewegung, geführt von der SWAPO (Volksorganisation Südwestafrikas), immer umfangreicher wird und immer neue Siege davonträgt. Niemand zweifelt mehr daran, daß Namibia früher oder später unabhängig werden wird. Das wird aber die Positionen des Westens in diesem Land, wo er ziemlich stark engagiert ist, in Gefahr bringen.

„Am härtesten ausgebeutet"

Namibia gehört zu den an Bodenschätzen reichsten Ländern Afrikas. Dort werden viele Diamanten, viel Kupfer, Blei, Zink, Lithium, Kadmium und andere Minerale gewonnen, u. zw. ausschließlich von ausländischen Konzernen. In der Wirtschaft schalten und walten Gesellschaften der RSA, der USA, Englands, der BRD und einiger anderer Länder des Westens. Einem Bericht des UNO-Sonderausschusses für die Entkolonisierung zufolge haben im dortigen Bergbau in den letzten drei Jahren allein 16 südafrikanische, 11 nordamerikanische und 3 britische Konzerne Investitionen gemacht und tun es noch jetzt.

Auf zwei Monopole allein, die von britischem und südafrikanischem Kapital kontrollierten Consolidated Diamond Mines und die amerikanische Tsumeb Corp., entfallen wertmäßig 90% der gesamten Bergbauausbeute Namibias.

Die Consolidated Diamond Mines haben faktisch das Monopol auf die Diamantengewinnung inne. Im Jahr werden etwa 1,5 Mio Karat zutage gefördert, größtenteils Steine, die sich für Juwelen eignen.

Auf die Tsumeb Corp. entfallen 80% der Ausbeute an Blei, Zink,

BIOGRAPHISCHES

Mathias Mainza Chona

Mathias Mainza Chona ist am 21. Januar 1930 in der Südprovinz Sambias, dem damaligen Nordrhodesien, in der Familie eines Häuptlings des Tonga-Stamms geboren. Besuchte die Grundschule bei der katholischen Mission in Monze, dann die Munali-Oberschule in Lusaka, an der damals viele heutige Partei- und Staatsführer Sambias lernten. 1951 bis 1955 Angestellter im Justizministerium und am Obersten Gerichtshof Nordrhodesiens. 1957 absolvierte Chona die juristische Fakultät an einem britischen College. Nach seiner Rückkehr wurde er der erste einheimische Jurist Sambias. Er wurde politisch aktiv und gehörte zu den Gründern der Vereinigten Nationalen Unabhängigkeitspartei (UNIP) im Jahre 1959. 1960 wurde er von der Regierung der Anstiftung zum Aufruhr bezichtigt und eine Zeitlang mußte Chona in London leben, wo er die UNIP-Vertretung leitete.

Nach der Proklamierung der Unabhängigkeit am 24. Oktober 1964 bekleidete er die Ressorts für Justiz, Inneres, örtliche Selbstverwaltung und war Minister in der Präsidentenkanzlei. 1969 wurde er zum Botschafter Sambias in den USA und ein Jahr später zum Vizepräsidenten sowie Minister für Planung und nationale Orientierung ernannt.

In den Jahren 1972/73 leitete Chona einen Sonderausschuß, der mit der Ausarbeitung des Entwurfes einer neuen Verfassung beauftragt war. Nach ihrer Annahme 1973 wurde er Premierminister. 1975 wurde er von diesem Amt entbunden und zum Justizminister und Generalstaatsanwalt ernannt. Am 20. Juli 1977 berief Präsident Kaunda ihn erneut zum Premierminister. Chona ist ferner Mitglied des ZK der UNIP, der einzigen Partei des Landes.

NEUER PREMIERMINISTER DER REPUBLIK SAMBIA IST MATHIAS MAINZA CHONA

Kupfer, Kadmium und Silber. Im Eiltempo wird die Uranförderung angekurbelt. In einem riesigen Komplex, dem Tagebau Rossing, ist die Förderung bereits angelaufen. In einem oder in zwei Jahren wird er soweit sein, jährlich bis zu 5000 t Uranoxid zu ergeben. Die Behörden der RSA und die britische Gesellschaft Rio Tinto, die Besitzerin des Tagebaus, hat die Uranausbeute für fünf Jahre im voraus an die Westmächte und an Japan verkauft.

Soldaten der SWAPO auf dem Marsch
Foto aus „Namibia News"

Wie der *Christian Science Monitor* schreibt, werden für Auslandsinvestitionen in Namibia große Steuervergünstigungen geboten. Die Folge ist, daß jedes Jahr fast die Hälfte des Bruttosozialprodukts in Form von Zinsen, Gewinnen und Dividenden ins Ausland abfließt. Nicht von ungefähr wird Namibia das am schwersten ausgebeutete Gebiet Afrikas genannt.

Im Bericht des erwähnten UNO-Sonderausschusses heißt es ausdrücklich, daß die Herrschaft der westlichen Monopole über Namibia eins der größten Hindernisse für die Gewinnung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit ist. Die Furcht, seine ergiebigen Profitquellen einzubüßen, veranlaßt den Westen, seine Verbindungen mit den Rassisten fester zu knüpfen und nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie er diese Positionen halten könnte.

Ein Aufmarschgebiet

Die Westmächte und die RSA sehen in Namibia auch einen wichtigen strategischen Bereitstellungsraum, besonders letzthin, im Zusammenhang mit den fortschrittlichen Veränderungen, die in Afrika eintreten.

Die imperialistischen Mächte möchten den Süden Afrikas einschließlich Namibias um jeden Preis als Bollwerk des Neokolonialismus und als Bereitstellungsraum für Angriffe auf die jungen unabhängigen Staaten Afrikas behalten. Sie sind eifrig dabei, die Rassisten zu bewaffnen.

Die RSA verstärkt andauernd ihre in Namibia stehenden Truppen. Schon jetzt hat sie dort fast 50 000 Mann. Die Zahl der Militärstützpunkte längs der Nordgrenze steigt. Dort ist eine sogenannte operative Grenzzone angelegt worden. Die westliche Presse berichtet über einen Ausbau des Militär- und Luftwaffenstützpunkts bei Grootfontein. Dieser und andere Militärstützpunkte der RSA in Okohandja, Ombalantu und weiteren Orten Namibias gehören dem System zum sogenannten Schutz der Seewege des Westens im Südatlantik an. Neuerdings schreibt die westliche Presse, ein Südatlantikpakt sei geplant, natürlich zu dem Zweck, die nationale Freiheitsbewegung der Völker Afrikas abzuwürgen. Zu ihm sollen neben den reaktionären Regimes Lateinamerikas die RSA und Namibia gehören.

Voriges Jahr meldete die Zeitschrift *Jeune Afrique*, die Grundlagen für den Pakt seien schon vorhanden. In seiner militärischen Struktur sei den Militärstützpunkten in Namibia nicht die letzte Rolle zugedacht.

Die Politik der imperialistischen Mächte ermutigt das rassistische Pretoria zu Wühlakten und sogar zu einer regelrechten Aggression gegen die unabhängigen Länder Afrikas. Davon zeugt beredt seine Beteiligung an der bewaffneten Intervention gegen Angola, die von Namibia aus erfolgte. Nach ihrer Niederlage bei diesem Abenteuer haben die Rassisten jedoch ihre Wühlakte gegen die junge Republik nicht eingestellt. Ein Beweis dafür ist der unlängst von der Weltöffentlichkeit aufgedeckte Plan unter dem Codenamen Cobra-77 für eine neuerliche imperialistische Aggression gegen Angola. Pretoria nimmt die in Namibia untergetauchten Verräter am angolanischen Volk aus den aufgeriebenen UNITA- und FNLA-Banden unter seine Fittiche.

Pretoria verstärkt sein militärisches Potential in Namibia, um noch aggressiver gegen die unabhängigen Staaten Afrikas vorzugehen. Dieser Kurs ist in einem vom Parlament der RSA verabschiedeten Gesetz abgesteckt, laut dem die RSA in einem beliebigen Raum Afrikas südlich des Äquators bewaffnet eingreifen dürfe, falls dort „eine Gefahr für ihre Sicherheit" entstünde.

Es ist natürlich kein Zufall, daß die vom Westen aufgestellten Projekte für eine Bereinigung der Namibia-Frage sämtlich einen Passus enthalten, laut dem Pretoria in diesem Land große Truppenkontingente behalten soll. Vorster hat erklärt, die RSA denke nicht daran, ihre Truppen aus Namibia abzuberufen, solange die Sicherheit dieses Gebiets gefährdet sei. Er behält sich das Recht vor, zu bestimmen, wie lange eine derartige „Gefährdung" bestehe. Weiter verlangt die RSA, daß sie die Kontrolle über den einzigen Hochseehafen Namibias, Walfish Bay, behält, wo sich ein südafrikanischer Kriegsmarinestützpunkt befindet.

Aus den Ergebnissen der Verhandlungen zwischen den Vertretern der fünf Westmächte und Vorster läßt sich schließen, daß es dabei faktisch um einen Plan zur Lösung des Namibia-Problems ging, der die Unabhängigkeit dieses Landes fiktiv machen und helfen soll, die wirtschaftlichen und strategischen Interessen des Westens und der RSA in diesem Raum zu wahren. Im Plan ist keine Rede davon, welche Rolle bei der Lösung des Namibia-Problems die SWAPO, die legitime Vertreterin des namibischen Volkes, spielen soll. Auch hat man geflissentlich das Wichtigste umgangen: die Zurücknahme der RSA-Besatzungstruppen aus Namibia. In einer unlängst veröffentlichten Erklärung der SWAPO heißt es, solange die 50 000 Soldaten Pretorias in Namibia stünden, würden Wahlen nur eine Farce sein. Jeder Beschluß über Namibia, den Vorster und seine westlichen Verbündeten ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen des namibischen Volkes und auf sein Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit fassen sollten, sei widerrechtlich, erklärte SWAPO-Präsident Nujoma. Die SWAPO sei fest entschlossen, den bewaffneten Freiheitskampf bis zum endgültigen Sieg fortzusetzen. ■

GLANZ UND ELEND DES FUSSBALLS

Igor MARINOW

Als sich Edson Arantes do Nacimento, der weltberühmte Fußballkönig Pele, vor zwei Jahren in New York durch eine Menge Neugieriger drängeln mußte, um seine erste Pressekonferenz in den USA zu halten, riefen die Zeitungsjungen in São Paulo und anderen Städten Brasiliens diese und ähnliche Schlagzeilen aus: „Brasiliens erster Tag ohne Pele, aber Brasiliens Stolz bleibt dem Fußball treu".

Durchaus nicht so konziliant verhielt sich die bundesdeutsche Presse, als Franz Beckenbauer — „Kaiser Franz" —, Kapitän der Bayern-München und der bundesdeutschen Fußballauswahl, vor einigen Monaten ebenfalls in New York einen dreijährigen Kontrakt mit dem Cosmos-Klub schloß, für den jetzt auch Pele antritt. Sie schrieb, er habe sein Land verraten und sei aus der Bayern-Elf desertiert.

Pele hielt beim Cosmos mit unbeflecktem Ruf und im vollen Glanze der Berühmtheit fast wie ein Messias seinen Einzug. Dagegen war dem Übertritt Beckenbauers ein fürchterlicher Skandal vorausgegangen, dessen Nachhall in der Presse noch jetzt nicht verklungen ist. Worum handelte es sich?

In den Fängen der „freien" Presse

Der französische Chansonnier Charles Aznavour, ein Liebhaber des Fußballspiels und Kenner der westlichen Presseusancen, schrieb über den Fall Beckenbauer: „Ich bin sicher, daß er sein Land nicht aus finanziellen Gründen verlassen hat. Die sensationslüsterne Presse hat ihn vertrieben. Die französischen Revolverblätter schnüffeln im Privatleben von Berühmtheiten doch nicht ganz so unverschämt wie die bundesdeutschen herum. Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, war Beckenbauer seinerzeit ein eifriger Mitarbeiter bei einer der Zeitungen, die jetzt sein Privatleben breittreten. Man könnte sagen, daß er nur erntet, was er selbst gesät hat."

Tatsächlich hat der Libero (der freie Stopper, wie ihn die Fußballer nennen) der Münchner Bayern-Mannschaft immer mit größtem Vergnügen Interviews gegeben, auch Korrespondenten der Springer-Presse. Er äußerte seine — gelinde gesagt — konservativen politischen Ansichten, ließ Stücke aus seinem Buch einrücken, kurz: er fühlte sich in den Zeitungsspalten genau so zu Hause wie auf dem grünen Feld, auf dem er sportliche Lorbeeren erntete.

Viermal wurde Beckenbauer der beste Fußballer der BRD, zweimal der tüchtigste Europas genannt. Er besitzt das bundesdeutsche Verdienstkreuz, stand auch im öffentlichen und politischen Leben, erfreute sich bei den ihm geistesverwandten Führern der äußersten Rechten besonderen Ansehens und war schließlich ein Unternehmer, der es verstand, aus seiner Berühmtheit Gewinn zu ziehen.

Dieselbe Presse, die so eifrig sein Image als Fußballkaiser geformt hatte, witterte eine Möglichkeit, große Sensation zu machen, kaum daß er die Verhandlungen mit den Besitzern des Cosmos aufgenommen hatte. Die *Welt*, die *Bild-Zeitung* und andere Blätter überboten sich plötzlich selbst in Einzelheiten über Ausschweifungen des gestürzten Idols, über schwere Unstimmigkeiten mit der Steuer, die ihn sogar wegen Steuerhinterziehung verklagt hatte. Im Zusammenhang mit sportlichen Mißerfolgen der Bayern-Elf walzte die bundesdeutsche Presse den Fall Beckenbauer wochenlang aus. Er selbst sagte darüber, die ganze Geschichte habe ihn geärgert und enttäuscht. Nach allem, was er für die Bayern-Mannschaft und den bundesdeutschen Fußball getan habe, hätte er, wenn schon keinen Dank, so zumindest Loyalität erwartet. Darauf ging er zum Gegenangriff über und suchte sich dafür den *Stern* aus.

Jeder Stoß Peles wirft den Inhabern des Cosmos Gewinn ab

„Alle Knöpfe aufgeknöpft"

Dieser französische Ausdruck, der soviel wie Striptease bedeutet, tauchte in den Pressekommentaren Europas zu Beckenbauers „sensationellen Enthüllungen" im *Stern* auf, über die die Öffentlichkeit nicht nur der Bundesrepublik schockiert war. „Kaiser Franz" erzählte aus seinen europäischen Fußballerinnerungen und verbreitete sich dabei über Doping beim Fußball. Er schrieb, in der Bundesliga der stärksten bundesdeutschen Mannschaften würden ständig verbotene Anregungsmittel gespritzt oder geschluckt.

Das tue man aber nicht nur in seinem Land, fuhr er fort. Wahrscheinlich um seinen Enthüllungen einen politischen Anstrich zu geben, behauptete er, die Fußballer der Länder Osteuropas würden vor wichtigen Spielen auch gedopt. Diese Behauptung löste bei vielen bundesdeutschen und anderen Fußballexperten sowie bei Journalisten anderer Länder Entrüstung aus. Dr. Hans Schobert, der bei der Bundesauswahl von 1966 bis 1974 Sportarzt war, nannte Beckenbauers Beschuldigung der „osteuropäischen Mannschaften" völlig unbegründet und einen medizinischen Nonsens. Dank seinen langjährigen Erfahrungen sei er fest davon überzeugt, daß eine ganze Gruppe, die eine

Fußballmannschaft ja ist, nicht gedopt werden kann.

Helmut Schön, Trainer der Bundesauswahl, widersprach Beckenbauer, von dieser habe nicht einmal in den schweren, ungewohnten Verhältnissen, unter denen die Weltmeisterschaften in Mexiko ausgetragen wurden, auch nur ein einziger Spieler Stimulation eingenommen. Die meisten Experten sind sich darüber einig, daß die Benutzung verbotener Präparate beim Fußball ausgeschlossen ist, denn er stellt ja ein Gemeinschaftsspiel dar, dessen Teilnehmer äußerst feine abgestimmte Reflexe haben, urplötzliche Anstrengungen aufbringen und den Rhythmus ihrer Bewegungen fast jeden Augenblick jäh ändern müssen.

„Kaiser Franz" beim Unterzeichnen des Kontrakts mit den Fußballjobbern

Wie kommt es also, daß Beckenbauer dem zweifelhaften Ruf eines Lieferanten billiger Sensationen nachgejagt hat? Die Zeitschrift *France football* hat ziemlich genau geklärt, auf welche Weise derartige, gewöhnlich unbewiesene und unbeweisbare Enthüllungen zustande kommen. Sie schreibt: „Wenn ein berühmter Sportler dem Ende seiner Laufbahn entgegengeht, dann findet sich immer ein von Sensationen lebendes Blättchen, das ihm die in Gift getauchte Feder in die Hand drückt. Da die Aufforderung, ‚alle Knöpfe aufzuknöpfen', immer von einem ansehnlichen Bankscheck begleitet ist, muß der abtretende Champion etwas Außergewöhnliches von sich geben. Er wird einfach dazu gedrängt. Um Aufsehen zu erregen und die Auflage in die Höhe zu treiben, muß man eine skandalöse Geschichte veröffentlichen." Das alles trifft auch für Beckenbauer zu. Der Angriffen ausgesetzte Star wollte die Kritik von sich ablenken und tat es auch, allerdings ohne die Eleganz, die er auf dem Fußballfeld zu zeigen pflegt.

Viele westliche Kommentatoren halten Beckenbauers Behauptungen schon deshalb für gegenstandslos, weil sie von einer ausgesprochen gelben Presse verbreitet werden. Außerdem — so erinnert die Pariser *Équipe* — sei man schon daran gewöhnt, daß solche Geschichten in einem Lande aufgebauscht werden, wo gegen den Profifußball andauernd Untersuchungen wegen Bestechungen und schwindelerregenden Kontrakten sowie Zänkereien zwischen einzelnen Trainern und Spielern im Gange sind.

Letzthin wurde übrigens wiederholt geäußert, die FIFA (der Internationale Fußballverband) sollte sich mehr mit dem Problem des Dopings beschäftigen, damit die Gerüchte und ungerechten Anschuldigungen aufhören, die die Atmosphäre im internationalen Fußball trüben könnten.

Wiedergeburt des Fußballs?

Der Soccer, wie man in den USA den europäischen Fußball zum Unterschied vom amerikanischen, einer rabiaten Form des Rugby, nennt, genießt bei der US-Presse und bei dem allmächtigen US-Fernsehen großes Wohlwollen. Der Geschäftsbetrieb um den Gast aus Europa, als der der in aller Welt geachtete Fußball in Übersee noch immer gilt, ist merklich lebhafter geworden. Der Durchschnittsamerikaner hat aber nicht viel Ahnung davon. Es will doch viel sagen, daß die Manager vom Cosmos-Klub Beckenbauer als den Fußball-Di-Maggio anpriesen (Di Maggio ist einer der berühmtesten Spieler des in den USA so beliebten Baseballs).

Obwohl das erste Fußballspiel dort von Einwanderern aus Europa schon im vorigen Jahrhundert ausgetragen wurde und die US-Mannschaft bei der WM 1950 die Engländer besiegte, war der Fußball in den USA bis vor etwa 10 Jahren kaum bekannt. Deshalb sagte Pele auf seiner ersten Pressekonferenz, er sehe seine Hauptaufgabe darin, Nordamerika mit dem Fußball bekannt zu machen, für den sich die übrige Welt begeistert. Er hoffe, dieses Spiel werde sich endlich auch in den USA einbürgern.

Das erste Spiel fand übrigens dort statt, wo jetzt die First National Bank of Boston steht. Das hat etwas Symbolisches. Gerade mit der finanziellen Macht verschiedener Gesellschaften versucht man jetzt in den USA, Rasenplätze für Fußballfelder freizumachen, d. h. für sie Gelände wiederzugewinnen, die andere Sportarten an sich gerissen haben.

Den ersten Versuch unternahm 1960 ein Holzindustrieller, er veranstaltete in New York ein großes internationales Turnier und hoffte, bei den Amerikanern Interesse für den europäischen Fußball zu wecken. Das gelang ihm nicht. Er fand aber Anhänger, die wie hypnotisiert waren von den Fotos überfüllter Tribünen, von den Kontraktsummen und den Möglichkeiten, die das Fernsehen den Geschäftsleuten bieten würde, falls es gelänge, den europäischen Fußball nach den USA zu verpflanzen. Acht Jahre später entstand die Nordamerikanische Fußballiga mit Phil Wüsman, einem ehemaligen Spieler der englischen Klubs Westham und Eston Villa, als Generalmanager. Schon 1976 hatte die Zahl der Klubs, die sich in dieser Liga die Meisterschaft streitig machten, 20 erreicht (1970 waren es nur 6). Die amerikanische *Sports Illustrated* schreibt, die Zahl der Mannschaften werde in der kommenden Spielzeit größer sein. Voriges Jahr hätten die von der Liga veranstalteten Spiele schon durchschnittlich 11 000 Zuschauer gehabt. In erster Linie als Unternehmen zur Einfuhr des Fußballspiels gedacht, befaßt sich die Liga vor allem damit, Fußballstars abzuwerben. In ihren Klubs spielen jetzt oder spielten früher die Engländer Bobby Moore, Kapitän der britischen Auswahl von 1966, die die Weltmeisterschaft errang, und George Best; ferner Eusebio von der portugiesischen Benfica sowie der Italiener Chinaglia.

Das größte Geschäft aber, das von einem beispiellosen Brimborium begleitet war, bildete der 5-Millionen-Dollar-Kontrakt des Cosmos-Klubs mit Pele, dessen Beispiel jetzt also Beckenbauer gefolgt ist. Sein Preis für drei Spielzeiten ist bescheidener, er beträgt 2,8 Mio Dollar. Dennoch läßt er die Absicht der Klubbesitzer erkennen, sich die be-

kanntesten Namen für Reklamezwecke zu sichern. Tatsächlich hat sich das Erscheinen Peles in der Cosmos-Mannschaft sofort ausgewirkt. Gleich das erste Spiel, an dem er teilnahm und das gegen Seattle ausgetragen wurde, hatte über 58 000 Zuschauer, und in der jetzigen Spielzeit lockte der Fußballkönig gemeinsam mit Beckenbauer 62 000 Fans an.

Ein Reich der Reichen

Welche Aussichten hat der Soccer denn nun in den USA? Er wird 10—15 Jahre brauchen, um soweit zu erstarken, daß er die USA auf dem Weltschauplatz repräsentieren und dem Baseball, dem Basketball und dem amerikanischen Fußball Konkurrenz bieten kann. Das ist Peles Ansicht. Wir haben aber schon bemerkt, daß der europäische Fußball in den USA von Anfang an vor allem als Dollargeschäft gedacht ist. Bildlich gesprochen, ziehen die Geschäftemacher in den USA den Baum nicht von der Wurzel, sondern von der Krone her, d. h. sie suchen künstlich, nämlich mit Dollardüngung, eine Elite hochzuzüchten. Deshalb nennt man den Soccer in den USA nicht umsonst ein Reich der Reichen.

In der Tat gehört der Tornado-Klub (Dallas) dem texanischen Multimillionär Lamar Hunt und die Azteken aus Los Angeles dem Geschäftsmann und Sänger Elton John. Was den Cosmos-Klub betrifft, so ist er Eigentum der Gesellschaft Warner Communications, die in Massenauflagen Bücher, Schallplatten und Filme herausbringt. Alle diese Klubs, die keine festen Trainer haben und natürlich keine Kleinarbeit mit Kinder- und Jugendmannschaften leisten, haben im Grunde genommen nichts mit dem Massenfußball gemein und entbehren folglich den Nährboden für eine kräftige Entwicklung dieses Sports. Allerdings ist nicht zu leugnen, daß das Interesse für das Fußballspiel im letzten Jahrzehnt an Universitäten und Colleges merklich zugenommen hat. Wie die Nordamerikanische Fußballiga angibt, spielen jetzt über eine Million junge Leute Fußball. Die Liga selbst steht aber mit diesen jungen Soccer-Freunden überhaupt nicht in Kontakt. Selbst wenn sie imstande sein sollte, für ihre Klubs noch mehr Stars zu importieren, wird sie deshalb ihren Mannschaften dadurch auf Jahre hinaus keinen bleibenden Erfolg sichern können.

Auch aus sozialen Ursachen ist die Verbreitung dieses Spiels eingeengt. So schreibt *Équipe:* „In den USA ist der Fußball ein Sport für die Villenviertel, ein Sport für Weiße, ein Sport, den Eltern fördern, die die Roheit mancher amerikanischer Sportarten ablehnen — kurz, er ist bestimmten sozialen Schichten vorbehalten." Der bekannte sowjetische Fußballer, Verdienter Meister des Sports Viktor Ponedelnik, der früher zur Landesauswahl gehörte, sagte mir folgendes: „Solange unorganisierte und organisierte Kinder- und Jugendmannschaften in Schulen, Colleges und Universitäten nicht Fußball spielen und solange es keine Einheitsorganisation gibt, die diesen Sport auf allen Ebenen, von oben bis unten, überwacht, kann sich der Fußball als Sport nicht normal und stockungslos entwickeln. Andernfalls kann er in den USA nur die Rolle einer Show für sich beanspruchen, in der Stars aus dem Ausland auftreten. Weiter nichts."

Vor kurzem hat Pele erklärt, er habe es abgelehnt, den Kontrakt mit Cosmos zu verlängern, denn er habe seine Aufgabe in den USA erfüllt und plane jetzt, in Brasilien Kindermannschaften zu trainieren. Ob sich nach seinem Abgang der Cosmos-Klub und die anderen Klubs geschäftlich noch lohnen werden, ist schwer zu sagen. Vorläufig lebt die Nordamerikanische Fußballiga von den Lorbeeren, die ihre jetzigen Fußballer außerhalb der USA geerntet haben. ■

DISKUSSION MIT DEM LESER

In Ihrer Zeitschrift las ich, daß auch heute der Streik eines der wirksamsten Mittel des Kampfes der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern bleibt. Doch warum nur in der kapitalistischen Welt! Sind denn die sowjetischen Arbeiter stets und mit allem zufrieden! Müssen sie denn nie für ihre Interessen eintreten! Warum sollten dann nicht auch sie streiken!

Dean HOOK, Zimmermann
Chikago, USA

Es diskutiert unser Kommentator Viktor GUSTSCHIN

Sie werden sich, Ihrem Beruf nach zu urteilen, unschwer zwei Situationen vorstellen können. Angenommen in einem Fall bauen Sie an einem Mietshaus. Den Auftrag haben Sie vom künftigen Hausbesitzer oder z. B. von einer Baufirma erhalten. Im anderen Fall aber bauen Sie für sich selbst, für Ihre Familie. Wäre denn in beiden Fällen ein Streik für Sie akzeptabel?

Im Kampf gegen den Eigentümer oder eine Firma, die sich durch ihre Arbeit bereichert, sind Streiks eine wirksame Waffe. Sie haben die Arbeit niedergelegt und ihnen also eine Profitquelle genommen. Doch Sie würden wohl nicht ernstlich daran denken, beim Bau Ihres eigenen Hauses zu streiken.

Natürlich sind Vergleiche nicht voll übertragbar. Doch meine ich, daß unser Beispiel hilft, zum Kern der Sache zu kommen, zum grundlegenden Unterschied in der Lage der Werktätigen in der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft, im Verhalten zur Arbeit und zu ihren Ergebnissen.

Nehmen Sie z. B. die Gründe, die kürzlich zum Streik der US-Bergarbeiter

und der kanadischen Fluglotsen geführt haben. Die eigentliche Ursache für die Unzufriedenheit der Bergarbeiter von West Virginia war der Beschluß des Verbandes der Bitumengesellschaften, kein Geld mehr an den Fonds für die medizinische Betreuung der Arbeiter zu zahlen. Das hatte zur Folge, daß die Bergarbeiter und ihre Familienangehörigen 40% mehr für einen Arztbesuch und Hunderte Dollars bei einem Krankenhausaufenthalt bezahlen mußten. In Kanada wurde gestreikt, da die Reallöhne wegen der ständigen Teuerung gesunken sind.

Weder in den USA noch in Kanada wäre es zu diesen Streiks gekommen, wenn dort Bedingungen bestünden, die wir in der Sowjetunion schon lange als selbstverständlich erachten. Bei uns haben wir kostenlose medizinische Betreuung und eine ständige Zunahme der Realeinkünfte.

All das bedeutet natürlich nicht, die sowjetischen Arbeiter wären stets und mit allem zufrieden und brauchten nie für ihre Interessen einzutreten. Es kann zu harten Differenzen zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern kommen — z. B. wegen einer ungerechtfertigten Anordnung von Überstunden oder wegen Fahrlässigkeit der Leitung in Fragen der Arbeitshygiene. Doch niemand würde deshalb in den Streik treten.

Ein Streik ist wirklich eine der wirksamsten Kampfformen der Werktätigen, doch in den USA ist er zudem ein notgedrungenes, ja äußerstes Mittel. Nicht jeder Streik endet erfolgreich. Und die Nachteile, die sich aus einem Verlust des regelmäßigen Einkommens und aus Repressalien der unternehmerfreundlichen Behörden gegen die Streikenden ergeben, können sehr empfindlich sein.

In der Sowjetunion — in einer sozial homogenen Gesellschaft, wo der Staat selbst, die sozialistische Gesetzlichkeit und die mit großen Rechten ausgestatteten Gewerkschaften die Interessen der Werktätigen schützen, ohne deren Zustimmung die Betriebsleitung nichts tun kann, was die Interessen der Arbeiter berührt —, hat der Streik als Kampfform der Werktätigen seinen ursprünglichen Sinn verloren. Jeder Sowjetbürger hat genug andere Mittel: Er kann sich z. B. an Schiedskommissionen oder ein Gericht wenden, damit er umfassend, schnell und ohne materielle Verluste jeden möglichen Arbeitskonflikt zwischen ihm und der Betriebsleitung einer Lösung zuführen kann.

NZ POST

Unsere Redaktion erhält viele Leserbriefe, in denen empört gegen den Beschluß der US-Regierung protestiert wird, die Produktion einer neuen Massenvernichtungswaffe aufzunehmen — der Neutronenbombe.

Ich bin zutiefst beunruhigt über den Beschluß des US-Präsidenten zur Neutronenbombe. Am Potomac wird versucht, diese schreckliche Bombe als „humaner" darzustellen, da sie nur das Leben vernichtet. Nie kann eine Vernichtungswaffe als human bezeichnet werden.

Jenny HARTFIELD
London, Großbritannien

Die Neutronenbombe stellt wie jede andere Massenvernichtungswaffe eine Bedrohung für die Menschheit dar. Ich kann einfach nicht verstehen, wie man Erklärungen der US-Regierung, man wolle mit der Sowjetunion in Abrüstungsfragen zu einer Übereinkunft kommen, mit dem Beschluß vereinbaren kann, neue furchtbare Waffenarten zu produzieren. Während Washington über angebliche Menschenrechtsverletzungen in den sozialistischen Ländern groß redet, faßt es zugleich einen Beschluß, der das wichtigste Menschenrecht bedroht — das Recht auf Leben.

N. JEREMIN
Dergatschi, Gebiet Saratow, RSFSR

Ich wurde geboren, als der zweite Weltkrieg zu Ende ging, der vielen Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Von Kindesbeinen an habe ich wie alle sowjetischen Menschen den Krieg gehaßt. Meiner Meinung nach hat nur Menschenverachtung den Beschluß diktieren können, mit der Produktion neuer Vernichtungswaffen zu beginnen.

W. KOWYLOW
Riga, Lettische SSR

Der US-Imperialismus hat schon wiederholt der Welt seine Bereitschaft und „Fähigkeit" demonstriert, alles Lebende zu vernichten. So war es in Hiroshima und Nagasaki, so in Vietnam, jedes Mal, wenn Washington anderen Völkern seinen Willen aufzwingen wollte. Die angekündigte Produktion der Neutronenbombe bedeutet potentiellen Völkermord. Doch die Menschen wollen leben!

Juri BYSCHIK
Retschiza, Belorussische SSR

Berichten Sie bitte über die geologischen Expeditionen der RGW-Länder in der Mongolei.

A. SABEJEW
Irkutsk, RSFSR

Die Geologen aus den RGW-Ländern haben in der Mongolei über 500 Vorkommen von Bodenschätzen entdeckt, u. a. ca. 150 Lagerstätten von Braun- und Steinkohle und über 70 von verschiedenen Metallen. Mit Hilfe sowjetischer Geologen wurden in den letzten 10 Jahren die Kupfer- und Molybdän-Lagerstätten von Erdenetijn-Obo, Zagan-Suburga und Olowo Modot fündig gemacht sowie das Wolfram-Vorkommen von Zagan-Daba, die Chubsuguler Phosphorit-Lagerstätte u. a.

Eine mongolisch-ungarische Expedition fand in der Ostmongolei das Kupfer- und Molybdän-Vorkommen von Aryn-Nur, das Salchiter Polymetall- und das Salaasker Wolfram-Lager. Einige Entdeckungen sind bulgarischen Geologen zu verdanken. Erfolgreich waren und sind Geologen aus der DDR, Polen und der Tschechoslowakei in der Mongolei tätig.

Angesichts des wachsenden Bedarfs an wichtigen Arten mineralischer Rohstoffe in der Mongolei wie in den anderen RGW-Ländern haben die Bruderländer vor kurzem beschlossen, ihre Bemühungen zur komplexen Prospektierung der Mongolei zu vereinen, und eine Internationale Geologische Expedition gebildet. Im Sommer 1976 nahm sie ihre Arbeit auf. Neben der MVR wird sie von Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, der UdSSR und Ungarn finanziert. Kuba und Rumänien entsenden ihre Fachleute zur Expedition.

PS

Sind Frauen auch Menschen?

Die saudiarabischen Behörden haben neue Einschränkungen für Frauen angeordnet. Die Einwohnerinnen dieses Landes gehören, wie der britische *Guardian* schrieb, „auch so schon zu den am härtesten unterdrückten Frauen in der islamischen Welt". Gemäß einer Anordnung des Innenministeriums dürfen Frauen von nun an Inlands- oder Auslandsreisen nur in Begleitung ihres Vaters, Ehemannes, Bruders oder Sohnes unternehmen. Der *Guardian* zitiert einen Mann, der Saudi-Arabien verlassen hat. Der Vater mehrerer Töchter erklärte, daß — wenn er nach Hause zurückkehren würde — er den Rest seiner Tage im Flugzeug verbringen müßte. Offensichtlich sind seine Töchter große Reisefans.

Farbfilm

Ein in der Bundesrepublik gedrehter Film, der Hitler verherrlicht, empört viele Menschen. Kürzlich erhielt dieser braune Streifen zusätzliche Farbtöne. Kinobesucher in Frankfurt a/M bewarfen empört die Leinwand mit Farbbeuteln.

Mißverständnis

Ein Druckfehler in einer Washingtoner Zeitung, in dem ein Abgeordneter des US-Senats aus dem Staat Montana, John Melcher, als „einziger Vegetarier im Kongreß" bezeichnet wurde, bereitet ihm so manchen trouble. Bei Empfängen und Partys muß er, um an den Fleischtopf zu gelangen, erklären, er sei nicht Vegetarier, sondern ... Veterinär, und an dem Durcheinander seien Zeitungsleute schuld. Größere Unannehmlichkeiten erwarten den Senator in seinem Heimatstaat: Die dortigen Fleischproduzenten bezichtigten ihn einer „Verschwörung" gegen ihre Interessen.

Fürchtet euch nicht!

Wie können diejenigen, die große Ufergrundstücke besitzen, den Strand von ungebetenen Badenden freihalten? Der Londoner Künstler und Unternehmer Stephen Winkworth ist da auf einen Gedanken gekommen. Er stellt anderthalb Meter lange ferngesteuerte Haifischmodelle her. Der gepfefferte Preis von 860 Dollar pro Modellhai schreckt die Millionäre nicht ab. Macht sich doch ein solcher Hai bezahlt — er verscheucht die Badenden, die oft den skandalösen Film über einen menschenfressenden Hai gesehen haben.

Unerfreulich

US-Senator William Proxmire erkennt allmonatlich einer Institution oder Privatperson den ironischen Preis für „die größte, lächerlichste und blödeste Verschleuderung von Steuergeldern" zu. Kürzlich wurde der amerikanischen Post diese hohe Ehre zuteil: Sie hatte etwa 3,5 Mio Dollar für eine Werbekampagne ausgegeben, um die Bürger zu bewegen, häufiger Briefe zu schreiben.

Ausweg

In Paris wurde ein 17-t-Transportwagen mit über 15 Mio Franc frischgeprägten Münzen von Gangstern überfallen. Die *Aurore* richtete an die Verbrecher folgenden offenen Brief: „Schreibt uns bitte, wie ihr das wieder loswerden wollt. Ihr könnt ja für die Kleingeldsäcke kein Schloß, kein Auto oder nicht einmal ein paar Schuhe aus Krokodilleder kaufen. Und wenn ihr irgendwo euren Erfolg begehen wollt, schöpft der Wirt selbst des kleinsten Cafés Verdacht, bevor ihr die zehnte Münze auf die Theke werft." Der *Matin* erinnerte übrigens daran, daß einige Gangster, die früher wegen eines ähnlichen Delikts geschnappt wurden, 400 000 Franc auf den Kopf hauen konnten: Sie steckten die Münzen in Spielautomaten.

Porno-Oscar

Die Zeiten, da in den USA und anderen westlichen Ländern Pornoreißer nur in dubiosen Kintopps gezeigt wurden, sind längst vorbei. Jetzt werden solche Filme fast in jedem Kino demonstriert. Um ihrem Gewerbe einen noch respektableren Anstrich zu geben, stiftete die US-Pornomafia nach dem Vorbild der berühmten Oscar-Statuetten eigene Preise: kleine Nacktstatuen.

Früh übt sich

Kürzlich wurde die amerikanische Polizei mit einem neuen Verbrechen konfrontiert — geraubt wurden ... Sparbüchsen. In Austin (Texas) sind bereits mehrere derartige Delikte registriert. Hierbei rühren die Diebe die diversen Wertgegenstände nicht an. So blieb z. B. ein teurer Fotoapparat verschont. Licht in diese Affäre kam, als sich herausstellte, daß die Gangster zwischen 8 und 10 waren. Offensichtlich können sie noch nicht mit so einem Ding umgehen.

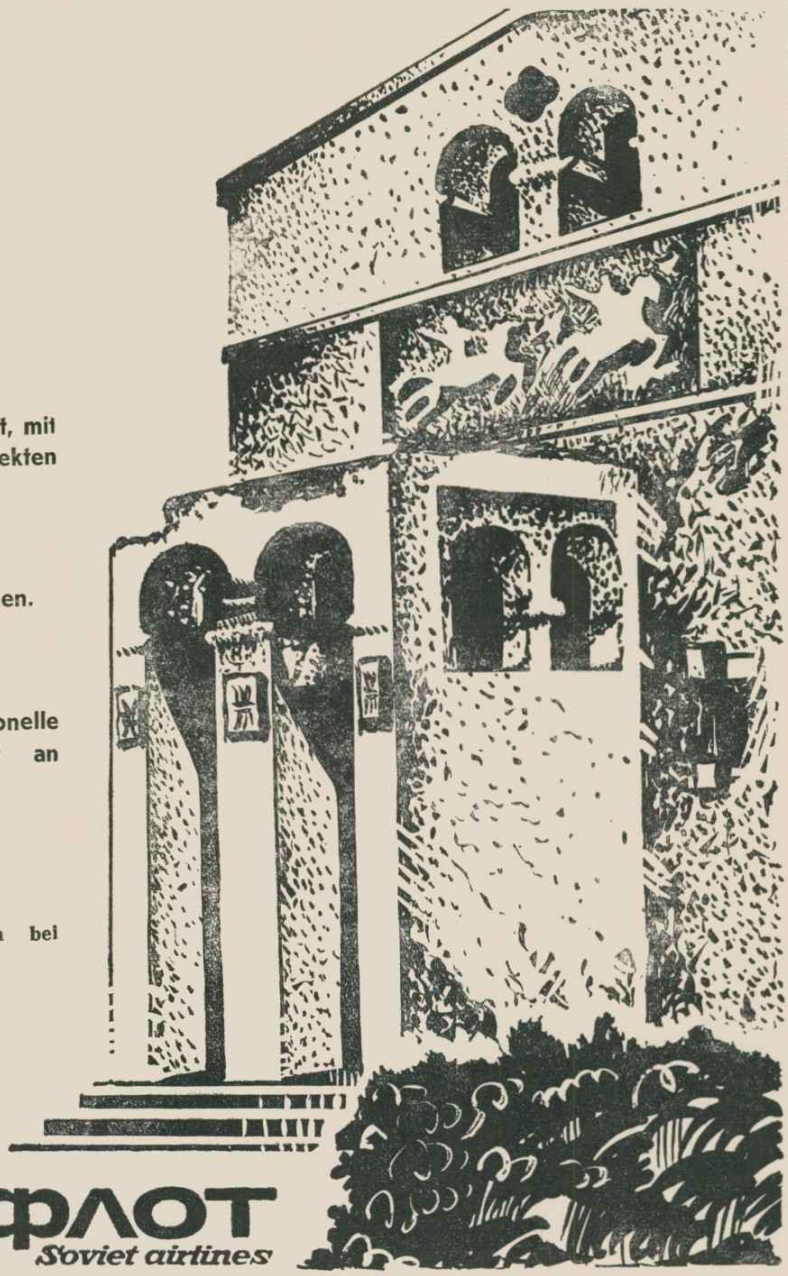
Gefährliches Spielzeug

Unglücksfälle, denen Kinder beim Umgang mit ihrem Spielzeug zum Opfer fallen, sind in vielen westlichen Ländern an der Tagesordnung. So wurden zum Beispiel in einem Jahr allein in sechs Distrikten Großbritanniens 238 derartige Unfälle registriert. Gegenwärtig werden am EG-Hauptsitz in Brüssel spezielle Standards ausgearbeitet, die die „Gefahrenschwelle" bei Spielzeug senken sollen. Das löst Besorgnis bei den Spielzeugproduzenten in Italien und einigen anderen EG-Ländern aus: Die neuen Bestimmungen können den Absatz gefährlichen Spielzeugs erschweren. Daß Kinder verletzt werden, stört sie hierbei kaum.

Zeichnungen I. Smirnow

Ab 20. Juli 1977
neue Aeroflot-Route:

Moskau — Larnaca — Aden — Addis Abeba



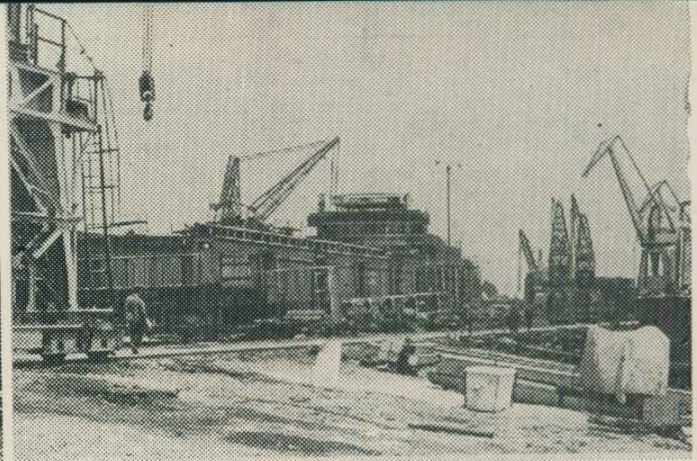
Äthiopien ist der 80. Staat, mit dem die UdSSR direkten Flugverkehr hat.

Moderne TU-154-Maschinen.

Komfort und traditionelle russische Gastfreundschaft an Bord.

Ausführliche Informationen bei jeder Aeroflot-Vertretung.

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



Im Objektiv: RUMÄNIEN

In Rumänien ist noch Hochsommer, sein üppiges Grün verschönt Städte und Dörfer. Die Seebäder haben jetzt ihre beste Zeit.

Unsere Bilder: Das moderne Hotel Interkontinental im Zentrum von Bukarest ◆ Auf der Werft von Oltenița werden Flußschiffe für die UdSSR gebaut ◆ Das alte Brașov ist jetzt eine bedeutende Industriestadt ◆ Junge Taxifahrerin in einem schnittigen rumänischen Dacia ◆ Überall an den Chausseen kann man in solchen kleinen Gaststätten schnell und gut essen ◆ Das moderne Schwarzmeerbad Mamaia ◆ Die Folkloregruppe eines Bukarester Gymnasiums hat viele Verehrer

Fotos und Text von N. Paklin

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
Индекс 70624

„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ